

Nordrhein-Westfalen ist Industrie- und Ideenland. Und Nordrhein-Westfalen wird Industrie- und Ideenland für erneuerbare Energien. Dafür brauchen ...

(Zuruf von der CDU: Wir eine andere Landesregierung!)

... die innovativen Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit. Wenn Sie, liebe CDU und liebe FDP, jetzt versprechen, dass man diese Investitionssicherheit dadurch herstellen könne, indem man alles wie zuvor macht, dann sind Sie entweder ignorant, haben eine Wahrnehmungsstörung oder lügen die Leute und die Unternehmen einfach von vorne bis hinten an.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Wirtschaft will Leitlinien für die Zukunft und nicht für die Vergangenheit. Die aktuellen Megatrends sind beispielsweise Digitalisierung, Klimawandel und demografischer Wandel. Eine Zukunftssicherheit für die Wirtschaft herzustellen, gelingt nicht, wenn man diese Megatrends ignoriert und einfach sagt: Wir machen weiter so. – Die Gewährleistung von Zukunftssicherheit gelingt nicht, wenn man als Antwort auf diese Megatrends nur sagt: Kohle, Kohle, Kohle.

Sie sagen selbst, liebe CDU, dass Sie unsere Entscheidung zur Verkleinerung von Garzweiler II nicht zurückdrehen werden. So weit, so gut. Warum Sie sich dann aber einem ordentlichen Dialog mit allen Betroffenen bzw. Beteiligten verweigern, um diesen ganz klaren Ausstieg frühzeitig zu gestalten, kann ich einfach nicht verstehen. Sie sind da komplett ideologisch verblendet!

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin zu jung, um selbst eins zu eins mitzukommen, wie es war, als beim Steinkohlebergbau der Ausstieg beschlossen wurde. Ich kann das aber im Rückblick betrachten und vielleicht auch anders bewerten als diejenigen, die damals dabei waren. Von außen sieht es so aus, als wenn eben zu lange die Augen vor den Realitäten verschlossen wurden. Es wurde zu lange von einem Sockelbergbau und anderen Perspektiven geträumt.

Für die Megatrends Digitalisierung, Klimawandel und demografischer Wandel brauchen wir Antworten in Bezug auf die Zukunftssicherheit. Dabei geht es um erneuerbare Energien, Effizienz, Einsparungen und Klimaschutz. Ehrlich gesagt: Die Bundesregierung wird es uns in den nächsten Wochen und Monaten immer noch schwerer machen. Nach Solarenergie und Biomasse wird jetzt auch noch der Windenergie an Land der Saft abgedreht.

Das ist eine fatale, rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik. Wenn Windenergie in Nordrhein-Westfalen bald nicht mehr möglich ist, werden wir alle gemeinsam ein großes Problem haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir müssen eine Wirtschaftspolitik für die Zukunft machen. Wir müssen eine Wirtschaftspolitik für Elektromobilität machen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, ich bitte Sie, einmal für einen Moment Ihre Rede zu unterbrechen. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, wenn der Plenarsaal voll ist und Sie alle wieder da sind. Ich bitte aber doch, dass der Abgeordneten zugehört wird und dass es im Plenarsaal etwas lautloser zugeht.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren, wir müssen eine Wirtschaftspolitik für die Zukunft machen. Wir müssen eine Wirtschaftspolitik für Elektromobilität, Speicher, innovative Effizienzideen sowie für erneuerbare Energien machen. Dafür stehen wir zur Verfügung. Wir laden natürlich alle ein, dabei mitzumachen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir sind am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 14. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10514, den Einzelplan 14 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Einzelplan 14 in zweiter Lesung entsprechend der Beschlussempfehlung angenommen** mit Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Fraktion der Piraten.

Ich rufe auf:

Einzelplan 07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

Ich eröffne die Aussprache, und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Bernhard Tenhumberg das Wort.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik steht unter Rot-Grün seit dem Jahr 2010 auf dem Abstellgleis.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

Keine Innovation, keine Angleichung an tarifliche Vereinbarungen, keine Antworten auf gesellschaftli-

che Entwicklungen, keine Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft.

Außer einer Rhetorik des Schönredens und ihrer Sprechblasenpolitik hat Rot-Grün im Bereich der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik nichts vorzuweisen, frei nach dem Motto von Udo Jürgens:

„Alles im Griff (Auf dem sinkenden Schiff)“.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unter Rot-Grün verschlechtert sich die Situation von Jahr zu Jahr. Wenn wir uns zum Beispiel die Mittelfristige Finanzplanung anschauen, lesen wir, dass bei den laufenden Zuweisungen und Zuschüssen bis zum Jahr 2019 real weniger Geld für unsere Familien, für unsere Kinder und für unsere Jugendlichen in NRW zur Verfügung gestellt wird, obwohl die Herausforderungen genau das Gegenteil notwendig machen.

Indem der notwendige Ausbau und die Weiterentwicklung in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik unterbleiben, lassen Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, Kinder, Jugendliche und Familien sträflich zurück. Der Spruch „Kein Kind zurücklassen“ ist in Anbetracht dieser Haushaltspolitik ein Hohn. Sie kommen allmählich in den Bereich der unterlassenen Hilfeleistung.

(Unruhe)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Tenhumberg, ich bitte Sie kurz um Unterbrechung. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf noch einmal den Wunsch äußern, dass Ihre eventuell notwendigen Gespräche außerhalb des Plenarsaals geführt werden und dass ansonsten dem Redner zugehört wird.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Darf ich den Wunsch äußern, eine andere Rede zu hören?)

Bernhard Tenhumberg (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine Damen und Herren, die gesellschaftlichen Veränderungen, die Anforderungen an die sich verändernden Berufswelt machen es heute aber dringend notwendig, qualitativ hochwertige Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien anzubieten.

Davon ist in diesem Haushaltsentwurf – bis auf die Bundesmittel – nichts zu sehen. Im Bereich des Kinder- und Jugendförderplans sind zwischenzeitlich neue Partner hinzugekommen. Wir diskutieren mit den Jugendverbänden über eine neue Partizipationsmöglichkeit, die natürlich neue Ressourcen erfordert.

Werden diese erfreulichen Entwicklungen haushalterisch positiv begleitet? – Nein! Es bleibt alles beim Alten. Das wird nun dazu führen, dass der bestehende verbandlichen und freien Jugendarbeit 2016

neben dem Problem der Überrollungen weitere Mittel entzogen werden. Ist das die wertschätzende Anerkennungskultur von Rot-Grün für unsere Jugend?

(Beifall von der CDU)

Die wichtigste Lebensphase eines Menschen ist die Zeit direkt nach der Geburt bis zum sechsten Lebensjahr. Das ist aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse und den Ergebnissen verschiedener Enquetekommissionen auf Bundes- und Landesebene allgemein bekannt und mittlerweile sicherlich bei jedem Abgeordneten hier im Landtag angekommen.

Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen machen an dieser Stelle einfach zu wenig. Der ständige Verweis auf die Bundesebene ist einfach nur noch peinlich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich denke insbesondere an die Qualität und an die Rahmenbedingungen in unseren Kitas. Erzieherinnen und Erzieher, Kinder, Familien und die Träger werden dort mit ihren Problemen alleingelassen. Die Belastungen der Erzieherinnen und Erzieher wurden uns bei der letzten Anhörung von den Gewerkschaften und Berufsgenossenschaften verdeutlicht. Handeln Sie endlich!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dass sich viele Kindertageseinrichtungen heute in einer finanziellen Schieflage befinden, ist in erster Linie auf Unterlassungen und falsche Prioritätensetzungen der Landesregierung zurückzuführen. Sie hat wichtige Vereinbarungen mit Blick auf Finanzierungsfragen nicht umgesetzt und durch Änderungen am Kinderbildungsgesetz die Lage sogar noch verschärft.

Wie haben sich die Dinge in den letzten Jahren tatsächlich entwickelt? Nach der Regierungsübernahme 2005 begannen in der neuen CDU-geführten Landesregierung die ersten Arbeiten am Kinderbildungsgesetz. 2006 erzielten wir ein Einvernehmen mit allen Beteiligten über die inhaltlichen Schwerpunkte des Kinderbildungsgesetzes.

Von September 2006 bis Februar 2007 fand ein Moderationsverfahren zu den Finanzierungsfragen statt.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ende 2007 wurde von allen relevanten Trägern – das waren zwei Kirchen, sechs Wohlfahrtsverbände und drei kommunale Spitzenverbände – ein Konsenspapier zur künftigen Finanzierung der Kindertageseinrichtungen unterzeichnet.

Für das Jahr 2011 schrieben CDU und FDP im Kinderbildungsgesetz von Beginn an eine Überprüfung der Auskömmlichkeit der Kindpauschalen fest.

(Beifall von der CDU)

Die neue rot-grüne Koalition setzte zum Entsetzen aller Beteiligten genau diese Überprüfung sofort nach der Regierungsübernahme aus. Hier hat bedauerlicherweise bis heute nichts stattgefunden, und dies hat zu den bekannten Problemen geführt. Bis heute – 2015 – hat es keine Anhebung der Pauschalen gegeben.

Noch im vergangenen Jahr wurde das Kinderbildungsgesetz zuletzt durch die rot-grüne Landesregierung reformiert. Das Mehr an Qualität in der Kindertagesbetreuung, das die Änderungen mit sich bringen sollten, schlug sich in den Einrichtungen leider nur in einem spürbaren Mehr von Arbeitsbelastung und Verwaltungsaufwand nieder. Die ausreichende Finanzierung der zusätzlichen Aufgaben wurde auch im Rahmen dieser Reform nicht in Angriff genommen. Dabei ist es geblieben.

Das Ergebnis: Heute berichten viele Träger sehr deutlich über das Ausmaß der finanziellen Probleme. In den Stellungnahmen und Brandbriefen, die uns täglich erreichen, ist von einer prekären finanziellen Lage der Kindertageseinrichtungen, einer damit einhergehenden deutlichen Erhöhung des Trägerisikos und von nicht mehr verantwortbaren Zusatzbelastungen der Erzieherinnen und Erzieher die Rede.

Wir, die nordrhein-westfälische CDU, fordern bereits seit Langem eine Erhöhung der jährlichen Steigerung der Kindpauschale von derzeit 1,5 % auf mindestens 2,5 %.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Unserer Auffassung nach hätte diese Entscheidung bereits im Zuge der letzten KiBiz-Reformen in den Jahren 2011 und 2017 getroffen werden müssen. Allein in den vergangenen zwei Jahren hat die CDU fünf Anträge zur Erhöhung der Kindpauschale in den Landtag eingebracht, so etwa in den Beratungen des Haushaltsplanentwurfs in diesem Jahr.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Armin Laschet hat als damaliger Minister mit allen Beteiligten einen Konsens erreicht. Die Lösung der aktuellen Finanzprobleme der Kitas im Konsens erwarten wir nun auch von der Regierung Kraft, zumal die Bedingungen noch besser geworden sind.

Die Bundesregierung hat kürzlich beschlossen, die ursprünglich für das Betreuungsgeld eingeplanten Mittel in Milliardenhöhe den Ländern zur Verfügung zu stellen. Dies sind für Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2016 bis 2018 rund 430 Millionen €. Mindestens diese Summe wollen wir in den kommenden Jahren über eine Erhöhung der Kindpauschale eins zu eins für eine Qualitätssteigerung in den Kitas einsetzen.

(Beifall von der CDU)

Rot-Grün darf die finanzielle Notlage der Einrichtungen nicht länger beschönigen.

(Marc Herter [SPD]: Was für eine kleinwüchsige Forderung!)

Bis heute finden sich im vorliegenden Haushaltsplanentwurf für 2016 keine Hinweise auf eine Erhöhung der Kindpauschale. Dabei könnte die Finanzierungslücke leicht geschlossen werden. Dass das Geld dafür vorhanden ist, zeigt doch die Einführung eines beitragsfreien Kitajahres, das rund 162 Millionen € pro Jahr kostet, jedoch insbesondere die besser verdienenden Paare entlastet.

Setzen Sie von Rot-Grün endlich die richtigen Prioritäten! Reden Sie endlich mit den Betroffenen, und erarbeiten Sie ein Konsenspapier! Handeln Sie endlich! – Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute Morgen hat der Kollege Op-tendrenk eine Rede gehalten, und eines fand ich dabei charmant: Er hat es immer gekennzeichnet, wenn er etwas ironisch gemeint hat. Herr Tenhumberg hält hier fünf Minuten lang eine Rede, die nur komplett ironisch gemeint sein kann. Anders kann ich mir das nicht vorstellen; denn das hatte nur sehr wenig mit der Realität zu tun.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich hätte mich gefreut, wenn er es dem Publikum gezeigt hätte, dass seine Rede ironisch gemeint war.

Fakt ist, lieber Bernhard Tenhumberg: Wir haben den Haushalt seit 2010 von 1,1 Milliarden € auf 2,7 Milliarden € erhöht.

(Beifall von der SPD)

Seitdem haben wir die strukturellen Benachteiligungen von Familien in unserem Land kontinuierlich abgebaut. Wir haben sie finanziell entlastet. Wir haben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert. Wir haben uns intensiv um den U3-Ausbau gekümmert. Ohne Ute Schäfer, die dort vorne sitzt, wäre das sicherlich nicht möglich gewesen. Nochmals herzlichen Dank, Ute.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir können uns an eine Zeit erinnern, in der uns die Opposition gerne viele Knüppel zwischen die Beine geworfen hätte, damit sie das hätte verhindern können. Das ist ihr nicht gelungen. Wir sind bis heute auf einem hervorragenden Weg.

Wir haben mehr Qualität in die Einrichtungen gebracht, indem wir in mehr Personal investiert haben. Wir haben die Familienbildung mit unseren Anträgen auf sicherere Füße gestellt. Wir haben die Sprachförderung verbessert, und wir haben die Situation der Familien in den Mittelpunkt unserer Politik gerückt. Davon sind Sie Lichtjahre entfernt.

Sie haben hier – auch in Ihrer Antragslage heute – den Gegenentwurf zu unserer Politik gebracht. Denn Sie wollen die Familien in Nordrhein-Westfalen – man höre und staune – mit rund 160 Millionen € zusätzlich belasten. Das ist die Politik der CDU!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dieser Haushalt taugt dazu, in die Zukunft gerichtet Familien und Kinder in den Mittelpunkt zu stellen. Wir werden die Herausforderungen, die wir jetzt alle zu meistern haben, mit diesem Rahmen gut bewältigen können.

Lieber Bernhard Tenhumberg, eines wundert mich doch: Wenn Sie schon Forderungen stellen, was verbessert werden sollte, dann verstehe ich nicht, warum Ihre Forderungen so bescheiden ausfallen. Sie fordern eine 2,5%ige Dynamisierung. Das hört sich eher bescheiden an.

Bernhard Tenhumberg, ich bitte einmal kurz um Ihre Aufmerksamkeit. – Würden Sie denn, wenn wir mehr drauflegen würden, mit uns stimmen?

(Zurufe)

Würden Sie uns dann zustimmen? Da bin ich mal gespannt. Schließlich haben wir noch eine dritte Lesung vor uns. Da werde ich mir genau angucken, wie sich die CDU verhält, und dann wird man sehen, ob Sie die Angelegenheit wirklich ernst meinen – ja oder nein.

Ich habe meiner Kollegin Müller-Witt versprochen, dass ich hier nur vier Minuten spreche, weil wir noch so viele Themen im Haushalt zu behandeln haben. Ich freue mich auf die letzte Lesung und darauf, das Abstimmungsverhalten der CDU zu beobachten. Darauf bin ich gespannt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, bitte bleiben Sie noch einen Moment hier. Es gibt noch eine Kurzintervention des Kollegen Tenhumberg.

Wolfgang Jörg (SPD): Gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, bitte schön.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Da mich der Kollege aufgefordert hat, zu erklären, ob wir als CDU ein solches Vorgehen unterstützen würden, möchte ich Ihnen direkt antworten. Wir haben Ihnen mehrfach signalisiert: Falls Sie die Vereinbarung vom 26. Mai 2008 prolongieren und den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen wollen, stehen wir auf der Seite dieser neuen Vereinbarung. Sorgen Sie dafür, dass Sie die zwei Kirchen, die sechs Wohlfahrtsverbände und die drei kommunalen Spitzenverbänden ins Boot bekommen. Unterschreiben Sie dieses Papier, dann sind wir an Ihrer Seite.

Sie verweigern sich seit 2013. 2013 ist dieser Vertrag ausgelaufen; Sie haben ihn vorliegen. Und bisher hat sich niemand bei Ihnen die Mühe gemacht, diese Vereinbarung zu verlängern. Niemand bemüht sich. Auf mehrfache Rückfragen an die Landesregierung wurde immer erklärt, man sei im Gespräch mit der kommunalen Gemeinschaft. Was ist denn mit den Kirchen? Was ist mit den anderen Trägern dieser Kindertageseinrichtungen?

Herr Wolfgang Jörg, Sie haben wieder einmal mit einem Lobgesang auf die Situation angefangen. In den letzten Tagen haben auch Sie viele Zuschriften bekommen, die dokumentiert haben, dass die Kitagruppen mittlerweile oftmals mit maximal einer Person besetzt sind. Wollen Sie das als Qualität definieren? Wie weit muss man sinken, um das noch als positiv zu sehen?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Tenhumberg, um darauf mal ein bisschen flapsig zu reagieren: Wenn Sie „Hunger!“ sagen, sind wir schon satt.

Selbstverständlich haben wir die Gespräche schon längst geführt. Selbstverständlich ist da etwas im Gange, was Ihre Forderungen sozusagen in den Schatten stellen wird.

(Angela Freimuth [FDP]: Und wann sollen wir das erfahren? – Zurufe von Bernhard Tenhumberg [CDU])

– Wir können hier doch nicht laufende Verhandlungen kommentieren, oder?

Ich bin ganz begeistert über Ihre Zusage, dass Sie, wenn sich da sozusagen etwas ergibt, das über Ihre eigenen Forderungen hinausgeht, dann mit uns stimmen. Es wäre doch mal etwas Feines, wenn man hier im Landtag einen Haushalt gemeinsam über alle fünf Fraktionen beschließt. Insofern bin ich gespannt auf die zweite Lesung. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Jörg. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt konnten wir wieder einmal erleben, wie unterschiedlich die Perspektiven der Realität sein können.

Seit fünf Jahren verantworten Sie die Politik in diesem Land. Seit fünf Jahren verantworten Sie das Kinderbildungsgesetz. Sie feiern sich hier seit fünf Jahren ab für unfaire Verteilungen, die Sie im Land vorgenommen haben.

(Beifall von der FDP)

Die Realität in diesem Land sieht folgendermaßen aus: Die Situation in den Kindertageseinrichtungen ist so angespannt wie nie zuvor. Sie haben in Nordrhein-Westfalen die Prioritäten falsch gesetzt. Sie haben eine Beitragsfreiheit eingeführt, für die Sie gar kein Geld haben. Sie haben bürokratische Hürden aufgebaut, unter denen jetzt die Kindertageseinrichtungen leiden. Sie verteilen zusätzliche Mittel, die Sie ins System gegeben haben, ebenfalls unfair.

(Zurufe von der SPD)

Das Ganze hat zu dem Ergebnis geführt, Frau Altenkamp, dass mittlerweile 80 % aller Einrichtungen defizitär laufen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Jörg zulassen?

Marcel Hafke (FDP): Gerne.

Wolfgang Jörg (SPD): Lieber Marcel Hafke, herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage erlauben.

„Wir haben kein Geld für die Beitragsfreiheit“, haben Sie gerade formuliert. Ich möchte dazu noch einmal eine Nachfrage stellen. Schwarz-Gelb hat eine Steuererleichterung für Hoteliers beschlossen, die rund 1 Milliarde € umfasste. Dieses Geld war auf Bundesebene kreditfinanziert.

Wissen Sie, wie hoch die jährliche finanzielle Belastung für das Land Nordrhein-Westfalen aufgrund dieser Aktion war? Können Sie sich daran erinnern, dass das eine jährliche Belastung in Höhe von 300 Millionen € ausmachte?

(Zuruf von der SPD: 300 Millionen €?)

Dafür haben Sie Geld übrig, für eine Beitragsbefreiung bei den Kitas aber offenbar nicht? Können Sie mir das einmal erklären?

Marcel Hafke (FDP): Lieber Kollege Jörg, wissen Sie, was der große Unterschied zwischen den Sozi-

aldemokraten und den Freien Demokraten ist? Die SPD hat unser Land – und es geht immerhin um die Zukunft der Menschen – 40 Jahre regiert und dabei einen Schuldenberg von 140 Milliarden € hinterlassen.

(Beifall von der FDP)

Sich dann hierhin zu stellen und sich für diese Haushaltspolitik abzufeiern, ist meines Erachtens vollkommen falsch.

Wir als FDP hier im Landtag haben nie gesagt, dass wir in Berlin oder hier immer alles richtig gemacht haben. Aber es kann nicht sein, dass Sie – trotz des Schuldenbergs in Höhe von 140 Milliarden € und trotz der Tatsache, dass jedes Jahr mehrere Milliarden Euro an Schulden hinzukommen – 160 Millionen € für eine völlig falsche Prioritätensetzung ausgeben.

Dadurch sind nicht mehr Kinder in den Kindergarten gegangen. Es ist keine Erzieherin zusätzlich eingestellt worden. Die Situation der Tagesmütter und Tagesväter ist nicht verbessert worden. Damit haben Sie lediglich eine Entlastung der mittleren und der höheren Einkommen vorgenommen.

(Ingrid Hack [SPD]: Und die U3-Kinder? Sollen die ohne Sand spielen, oder was?)

Das bringt für die Qualität überhaupt nichts. Deswegen ist das auch der völlig falsche Ansatz.

(Beifall von der FDP)

Wir haben die Situation, dass mittlerweile 80 % aller Kindertageseinrichtungen defizitär laufen.

Die Bilanz nach fünf Jahren Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen sieht wie folgt aus: Bei der U3-Betreuung sind Sie mit einer Quote von 25,8 % Schlusslicht. 20 % der Eltern konnten keinen Betreuungsplatz in Wohnortnähe finden. Sie haben in diesem Haushalt keine eigenen U3-Mittel eingestellt. Die bisherige Förderpraxis Ihrer U3-Finanzierung sieht so aus,

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

dass es mittlerweile keine ausreichende Anzahl von Ü3-Plätzen gibt. Die Wahlfreiheit ist in vielen Kommunen so stark eingeschränkt, dass man sein Kind nicht mehr in 25-Stunden-Kontingenten in den Kindergarten geben kann. Die Konsequenz für die Eltern sind höhere Elternbeiträge.

Dann haben Sie noch gesagt, Sie hätten zusätzliches Geld in das Bildungssystem gegeben, was wir sehr begrüßen. Allerdings haben Sie es so unfair verteilt und viele neue bürokratische Auflagen geschaffen, dass die Kindertageseinrichtungen mittlerweile ganz schön darunter ächzen.

(Marc Herter [SPD]: Die leiden!)

In der Tagespflege ist die Vergütung mittlerweile stark vom Wohnort oder vom Tätigkeitsbereich der Tagesmütter und Tagesväter abhängig. Hier wäre

es dringend notwendig, entsprechend zu handeln; denn die Vergütung kann nicht davon abhängen, in welcher Stadt man wohnt und wie viel man dort für die gleiche Leistung verdient.

Sie haben bei einem Punkt einen richtigen Ansatz gewählt, und zwar sind Sie bereit, die Sprachfördermittel zu evaluieren. Ich kritisiere hier nun seit fünf Jahren, dass Sie die Steuergelder, die Sie ausgeben, nicht evaluieren, um zu schauen, ob diese Mittel auch tatsächlich dort ankommen, wo sie ankommen sollen.

(Ingrid Hack [SPD]: Und trotzdem wissen Sie, dass es zu wenig ist, Herr Hafke? Das passt doch nicht!)

Das finde ich ungeheuerlich. Das wäre eine gute Maßnahme, die sich gerade eine sozialdemokratisch geführte Regierung auf die Fahne schreiben kann.

Welche Maßnahmen müsste die Regierung also ergreifen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Situation in den Kindertageseinrichtungen zu verbessern?

Als Erstes sollten Sie hingehen und zum Beispiel die Verfügungspauschale und die plusKITA-Mittel abschaffen, um das Geld, das daraus frei wird, in die Kindpauschalen zu investieren. Von einer Anpassung würden alle Kindertageseinrichtungen in diesem Land profitieren.

Als Zweites wäre es notwendig, endlich einmal zu handeln. Wir kritisieren seit fünf Jahren, dass die dynamische Anpassung von 1,5 % nicht ausreichend ist. Der Kollege Tenhumberg hatte es vorhin noch einmal angesprochen: Insbesondere in den letzten Tagen erreichen uns seitens der Evangelischen Kirche ohne Ende Briefe, die schildern, wie schwierig die Situation ist. Die Landesregierung hat ein Gutachten auf den Weg gebracht, das im Ergebnis zeigt, dass die Erhöhung nicht konnexitätsrelevant ist. Daher sollten Sie jetzt endlich Mut fassen und versuchen, diese Dynamik auf vernünftige Füße zu stellen.

Die 160 Millionen € im Zusammenhang mit der Beitragsfreiheit habe ich gerade angesprochen. Dieses Geld hätte man meines Erachtens viel besser in die Qualität der Kindertageseinrichtungen investieren sollen als in die Beitragsfreiheit.

Interessant ist auch Folgendes: Nachdem der Haushalt in den Landtag eingebracht war, lag uns ein Änderungsantrag der Landesregierung vor, nach dem Sie 74 Millionen € des Betreuungsgeldes in die Kindpauschalen investieren wollen. Ich warte bis heute auf eine Erklärung der Landesregierung, wie das funktionieren soll. Was wollen Sie dort eigentlich machen?

Dann höre ich in einer Anhörung, die gar nichts mit dem Thema zu tun hatte, auf einmal von den kommunalen Spitzenverbänden, dass darüber verhan-

delt wird, vielleicht noch weitere 100 Millionen € für die Ü3-Betreuung vorzusehen. Die sollen in der dritten Lesung, also in zwei Wochen, hier in den Haushalt eingebracht werden.

Ich finde es von einer Regierung, die sich einmal Themen wie „Willkommenskultur“ und „Transparenz“ auf die Fahne geschrieben hat, absolut daneben, Beträge in solchen Größenordnungen ohne gesetzliche Grundlage zu diskutieren und dann dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen. Ich erwarte, dass Sie das Parlament hier und heute entsprechend informieren, damit wir uns dazu eine Meinung bilden können.

(Beifall von der FDP)

Lassen Sie mich abschließend Folgendes sagen: Die Lage in den Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen ist brenzlig. Hier erwarte ich von der Landesregierung, dass sie endlich anfängt zu handeln. Wenn Sie handeln, haben Sie uns immer an Ihrer Seite. Wir haben zum Beispiel nie eine Position blockiert, wenn es um finanzielle Mittel ging, sondern gesagt: Die Verteilung, die Sie vornehmen, ist ungerecht, weil sie nicht allen Kindertageseinrichtungen zugutekommt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch dieser Haushalt folgt unseren rot-grünen Leitlinien: Kinder und Jugendliche fördern, Bildungsgerechtigkeit schaffen, Familien stärken und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen.

Die Zahlen sprechen eine absolut deutliche Sprache: Seit 2010 ist der Haushaltsansatz in diesem Bereich um 1,2 Milliarden € angewachsen. Damit haben wir die Mittel um satte 66 % erhöht. Meine Damen und Herren, das ist eine Zahl, die sich sehen lassen kann.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Bildungsgerechtigkeit und die Stärkung der Familien gehen in der Praxis Hand in Hand. Wir haben mit unserem rot-grünen Änderungsantrag den Ansatz für die Familienhilfen noch einmal um 2 Millionen € erhöht. Das tun wir, weil wir insbesondere den Familienbildungsstätten Planungssicherheit für ihre Arbeit geben wollen. Mit diesen Mitteln werden in den Familienzentren vor allen Dingen die bildungsfernen Familien erreicht, und zwar niedrigschwellig erreicht.

Somit fügt sich dies in unseren gesamten Maßnahmenkatalog gegen Kinderarmut ein. Das sind unter

anderem die Mittel für die plusKITA und das Projekt Elternstart NRW sowie der Gebührennachlass für einkommensschwache Familien in der Familienbildung, dessen Ansatz wir bereits im letzten Jahr durch einen rot-grünen Änderungsantrag angehoben haben.

Übrigens habe ich in den letzten Wochen eine Kita in Essen besucht, die in dem Projekt für armutsensible Kitas mitarbeitet. Ich bin sehr beeindruckt, wie das gesamte Paket der Landesmittel dort auf fruchtbaren Boden fällt. Diese Mittel kommen also genau da an, wo sie am dringendsten benötigt werden, nämlich bei den Kindern aus den benachteiligten Familien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wichtiger Schwerpunkt in diesem Haushalt sind natürlich – wie in anderen Einzelplänen auch – die Kinder und Jugendlichen aus den geflüchteten Familien. Für diese Kinder, die wirklich – das wissen wir alle – Unvorstellbares erlebt haben, die oft monatelang ohne festes Dach über dem Kopf unterwegs waren, ist es besonders wichtig, dass sie hier wieder unbelastet spielen und lernen können. Deshalb haben wir in Nordrhein-Westfalen die sehr erfolgreichen Brückenprojekte auf den Weg gebracht und schreiben diese Erfolgsgeschichte mit erheblichen zusätzlichen Landesmitteln fort.

Ein positiver Effekt ist übrigens, dass die Kinder so frühzeitig an die Kindertagesbetreuung herangeführt werden und damit, wie wir wissen, einen erfolgreichen Weg der Integration gehen können; denn die frühkindliche Bildung fördert den Spracherwerb und den späteren Erfolg in der Schule. Das sind ganz wichtige Schritte für die Integration der Kinder aus geflüchteten Familien.

Meine Damen und Herren, nach wie vor steht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oben auf unserer Agenda. In unserer rot-grünen Regierungszeit haben wir im Vergleich zur CDU-geführten Regierung 100.000 Plätze mehr für die Kleinen im U3-Bereich geschaffen. Damit haben wir im Reigen der Bundesländer die höchste Ausbaudynamik überhaupt erreicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auch im Jugendbereich haben wir Wort gehalten. Der Kinder- und Jugendförderplan bleibt auf dem hohen Niveau von 100 Millionen €.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Andrea Asch (GRÜNE): Sofort. – Wir beweisen auch in der Förderung von jugendpolitischen Projekten Verlässlichkeit. Wir ermöglichen eine eigenständige Jugendpolitik und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu selbstständigen, autonomen Persönlichkeiten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Tenhumberg zulassen?

Andrea Asch (GRÜNE): Ja, sehr gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Danke, Herr Präsident. – Liebe Frau Asch, herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ich habe ein kleines Problem beim Verständnis Ihres Beschlussvorschlages, über den wir gleich abstimmen sollen. Sie haben hier den Änderungsantrag eingebracht, den Haushaltsvermerk Nr. 6 bezüglich der Haushaltsposition „Familiendienste und Familienhilfen“ so anzupassen, dass Mehrausgaben auf 3,1 Millionen € beschränkt werden. Das Ministerium hat mit Schreiben vom 21. September 2015 mitgeteilt, dass diese Haushaltsposition abgesprochen sei und auskömmlich sei. Können Sie mir einmal erklären, welchen Hintergrund Ihr Antrag hat?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Frau Kollegin.

Andrea Asch (GRÜNE): Lieber Bernhard Tenhumberg, ich weiß nicht, ob du gerade nicht zugehört hast. Ich habe zu Beginn meiner Rede genau diesen Haushaltsantrag begründet. In den Familienhilfen ist die Familienbildung drin. Da sind natürlich auch andere Maßnahmen drin. Ich habe es auch sehr eindeutig erklärt. Insofern bitte ich darum, das vielleicht später noch einmal in meiner Rede nachzulesen.

Aber die Zwischenfrage ermuntert mich, jetzt einmal auf die Anträge der Opposition einzugehen. Wo ist denn eigentlich ein Antrag der FDP-Fraktion? Wo ist ein Antrag der Piraten?

(Michele Marsching [PIRATEN]: Wartet es einmal ab! Dritte Lesung! Nicht jetzt!)

Wo ist denn der Gestaltungswille der Opposition in diesem wichtigen Feld der Familienpolitik, der Politik für Kinder und Jugendliche? Nichts ist da zu sehen.

Lieber Bernhard Tenhumberg, jetzt komme ich zu dem Antrag der CDU-Fraktion. Die CDU blamiert sich mit dem Antrag, dass die Eltern mit ihren Beiträgen, die jetzt nicht mehr aus Landesmitteln refinanziert werden sollen, die Investitionen in den Kitas bezahlen sollen. Das ist doch hanebüchen. Dafür wollen Sie den Eltern das beitragsfreie Kitajahr streichen.

An dieser Stelle prellt die CDU die Eltern doppelt; denn dieses Geld kommt mitnichten in Gänze den Eltern und Familien zugute – und den Kitas schon überhaupt nicht. Ein großer Teil, nämlich 112 Millionen €, fließt einfach in den Schuldendienst oder was auch immer Sie da vorsehen, jedenfalls in den allgemeinen Haushalt. Das, lieber Bernhard Tenhumberg, ist Politik auf dem Rücken von Familien, auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir von Rot-Grün machen das auf der gesamten Linie besser. Wir werden auch das, was eben debattiert wurde, zeitnah umsetzen. Es ist nämlich unser erklärtes Ziel, die finanziellen Rahmenbedingungen für die Kitas substanziell zu verbessern. Wir machen das aber gemeinsam mit unseren Partnern. Das sind die Kommunen. Wir sind in intensiven Verhandlungen. Ich glaube, es lohnt sich, noch ein bisschen zu warten.

Eins kann ich aber schon versprechen: Wir von Rot-Grün sind nicht so kleinmütig wie die CDU-Fraktion mit dem, was sie hier beantragt. Von den anderen Fraktionen ist ja überhaupt keine Forderung auf dem Tisch. An diesem Versprechen können Sie uns messen.

Noch an etwas Weiterem können Sie uns messen: Wir werden die Mittel aus dem Betreuungsgeld des Bundes – das haben wir schon öffentlich durch die Fraktionsvorsitzenden zugesagt – eins zu eins in die Elementarbetreuung fließen lassen.

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Wow!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen: Rot-Grün ist und bleibt ein verlässlicher und starker Partner für Kinder, Jugendliche und Familien in Nordrhein-Westfalen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Wegner.

Olaf Wegner (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im Stream und auf der Tribüne! Auch diesmal dürfen wir uns wieder über einen Einzelplan unterhalten, der geprägt ist von fehlenden Ideen, Ideenlosigkeit und haushalterischer Flickschusterei. Der erste Haushalt, den Sie, Frau Ministerin Kampmann, zu verantworten haben, ist deutlich unterfinanziert.

Lassen Sie mich aber eine kleine Vorbemerkung zu dem sogenannten Vorzeigeprojekt „Kein Kind zurücklassen“ der Landesregierung machen. Da heißt es auf der Webseite der Landesregierung – ich zitiere –:

„Die Landesregierung verfolgt eine Politik der Vorbeugung. Beispielhaft dafür ist das Modellvorhaben ‚Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor‘. Gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung möchte das Land Nordrhein-Westfalen die Weichen für eine bessere Bildungs- und Vorbeugungsarbeit stellen. Im Mittelpunkt stehen der Auf- und Ausbau der kommunalen Präventionsketten – von der Geburt bis zum Eintritt in das Berufsleben.“

Fernab der Glaubwürdigkeit der Intention der Bertelsmann Stiftung bleibt festzuhalten, dass die Realität nichts mit dieser Ankündigungspolitik zu tun hat. Und inwiefern eine zwielichtige Stiftung wie Bertelsmann da der richtige Partner ist, kann uns Frau Ministerin Kampmann ja gleich einmal erklären. In welchen Bereichen wollen Sie denn noch Lobbyisten Tür und Tor öffnen? Eigene Ideen zum Thema Kinder-, Jugend- und/oder Familienpolitik? – Fehl-anzeige!

Aber nun zum Haushaltsplan: In jeder Sonntagsrede landauf, landab wird gesagt, dass frühkindliche Bildung der Schlüssel zu mehr Bildungsgerechtigkeit ist. Diese Aussage unterstützen wir ausdrücklich. Das bedeutet aber auch, dass man gerade in diesem Bereich der frühkindlichen Bildung mehr investieren muss. Ja, es wird mehr Geld ausgegeben, aber immer noch nicht genug. Jeder Euro, der in frühkindliche Bildung gesteckt wird, bedeutet nachher weniger Ausgaben. Es entsteht also ein volkswirtschaftlicher Gewinn.

Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter und wollen nicht nur das letzte Kitajahr gebührenfrei, sondern die vollkommene Gebührenfreiheit, damit alle Kinder die Möglichkeit einer frühkindlichen Bildung bekommen, die besonders im sozial-kognitiven Bereich sehr effektiv ist.

Jetzt wird uns sicherlich wieder vorgeworfen, dass dies nicht zu bezahlen sei usw. Darauf kann ich nur entgegnen: Wir sollten uns echt überlegen, was uns unsere Kinder wert sind.

Unsere Priorität muss auf die Förderung von Bildung gelegt werden. Denn Bildung ist der Schlüssel zum gesellschaftlichen Frieden und zur Stärkung der Demokratie. Das dürfen wir bei aller Zahlenarithmetik nicht vergessen.

Da kann ich nahtlos anschließen, dass uns auch die pädagogischen Fachkräfte in der Kinderbetreuung mehr wert sein sollten. Die Erzieherinnen und Erzieher, die Sozialpädagogen, Heilpädagogen, Kulturpädagogen, Logopäden, Kinderpfleger usw. müssen besser bezahlt werden. Vor allem muss durch die zahlenmäßige Erhöhung der Stellen die miserable Betreuungsrelation verbessert werden. Immer wieder weisen Studien darauf hin, dass NRW bei der Betreuungsrelation weit am Ende der Bundesländer steht.

Da hilft es auch nicht, wie im KiBiz geregelt, dass die Kommunen plusKITAs schaffen können. Gut gemeint ist halt nicht gut gemacht. Denn die Hilfe, die das Gesetz vorsieht, kommt eben nur bedingt bei den richtigen Brennpunkten an. Dieses Modell eignet sich halt nicht für die flächendeckende, zielgerichtete Förderung und für die Beseitigung von Bildungshemmnissen.

Wenn man das gut gemeinte Prinzip der plusKITA erfolgreich werden lassen möchte, ist ein anderer Verteilungsschlüssel nötig. Die Kommunen mit besonders starken Problemen müssen gezielter und vor allem mit mehr Mitteln gefördert werden. Was nützt es, wenn Kommunen, in denen de facto kaum Kinder mit besonderem Förderbedarf existieren, plusKITAs aufbauen können, und andere Kommunen mit klassisch hohem Anteil nur in den Genuss weniger Mittel kommen? Hier gilt es nachzusteuern.

Weiter bleibt es dabei, dass wir mehr Geld für den Kinder- und Jugendförderplan fordern, damit eine hundertprozentige Ausschöpfung der versprochenen Mittel möglich ist. Dafür müssten wir den Topf aber auf 105 % der aktuellen Mittel erhöhen. Aber auch dazu haben Sie nicht den Mut. Hier lassen sich nämlich herrliche Effekte und Einsparungen in die globale Minderausgabe generieren. Das ist alles andere als eine seriöse und ehrliche Kinder- und Jugendförderung.

Zu guter Letzt noch ein Wort zu der zukünftigen Familienpolitik in der digitalen Revolution. Familien brauchen eine Infrastruktur für die digitale Teilhabe. Familien brauchen einen freien Zugang zu Information und digitaler Bildung, und zwar kostenfrei.

Daher fordern wir, jedem Menschen unabhängig von seiner sozialen Herkunft ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Der freie Zugang zu Informationen und Bildung ist nicht nur im Hinblick auf die familienpolitische Entwicklung notwendig, sondern auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Teilhabe von Familien in unserer Gesellschaft. Digitale Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen der Volkswirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Nur durch den Erhalt, die Weitergabe und die Vermehrung der digitalen Bildung können der Fortschritt und der gesellschaftliche Wohlstand der Familien in Nordrhein-Westfalen auf Dauer gesichert werden.

Wir werden diesen Einzelplan ablehnen, da er unterfinanziert ist, die falschen Anreize schafft und Kinder und Jugendliche eben doch zurückgelassen werden. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Wegner. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Kampmann.

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Tenhumberg, ich finde Ihr Schwelgen in der Vergangenheit immer wieder faszinierend und Ihr Wissen über die Historie des Kinderbildungsgesetzes wirklich beeindruckend. Wir aber möchten Politik im Hier und Jetzt machen. Wir möchten tragfähige Lösungen für die Zukunft entwickeln. Deshalb investieren wir 2016 auch weiter zielgerichtet in die soziale Prävention und in die Förderung von Familien, Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auch ich schaue noch einmal kurz zurück und rufe Ihnen gerne die Zahlen aus dem Jahr 2010 in Erinnerung. Im Jahre 2010 wurden für die Bereiche Familie, Kinder und Jugend rund 1,78 Milliarden € eingesetzt.

Wenn wir uns den Haushaltsentwurf 2016 anschauen, dann stehen da jetzt fast 3 Milliarden €. Ich finde, das spricht für sich. Damit können wir für diesen Zeitraum einen Aufwuchs in Höhe von rund 1,2 Milliarden € verzeichnen.

(Beifall von der SPD)

Die frühe Bildung ist dabei ein zentrales Thema für uns. Dank der gemeinsamen Kraftanstrengung aller Beteiligten haben wir 2013 den Rechtsanspruch U3 geschafft. Das war ein wirklicher Meilenstein.

Der Bedarf und die Nachfrage der Eltern entwickeln sich inzwischen weiter. Deshalb unterstützen wir Kommunen und Träger auch weiterhin beim Ausbau. Wir wissen, wir müssen in dieses wichtige Zukunftsfeld auch weiterhin investieren. Deshalb freue ich mich ganz besonders darüber, dass das unsinnige Betreuungsgeld endlich vom Tisch ist und dieses Geld auch endlich dort ankommt, wo es hingehört. Dieses Geld gehört nämlich in die Kitas. Wir halten unser Versprechen und setzen die Mittel aus dem Betreuungsgeld vollständig für den Ausbau der frühkindlichen Bildung ein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das sind im nächsten Haushaltsjahr 74 Millionen €, bis 2018 insgesamt 430 Millionen €. Mit dieser Ergänzungsvorlage haben wir die Voraussetzungen genau für das auch geschaffen.

Wir sind grundsätzlich bereit dazu, einen Teil für ein Investitionsprogramm im Ü3-Bereich einzusetzen. Wichtig ist uns aber vor allem die genaue Ausgestaltung in Abstimmung und möglichst im Konsens mit den kommunalen Partnern und auch mit den Trägern. Wir bleiben dabei, dass das Land weitere Verbesserungen über die Mittel im Betreuungsgeld hinaus nicht alleine schultern kann und im Hinblick auf das Finanzierungssystem auch nicht alleine schultern sollte. Dazu führen wir – das haben wir gerade schon gehört – sehr konstruktive Gespräche

mit den kommunalen Spitzenverbänden. Gehen Sie davon aus, dass dieses Ergebnis auch Eingang in den Haushalt 2016 finden wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zentrales Thema sind für uns Kinder und Familien, die vor dem Krieg und vor Terror geflüchtet sind, um bei uns ein neues Zuhause zu finden. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich Politik einmal daran messen lassen muss, wie wir gerade junge Menschen in unsere Gesellschaft integriert haben. Deshalb tun wir genau dieses, um Integration zu gewährleisten, und zwar von Anfang an. Deshalb planen wir deutlich mehr Mittel für die laufende Finanzierung von Ü3-Plätzen.

Zusätzlich fördern wir Brückenprojekte wie Spielgruppen oder Eltern-Kind-Gruppen. Ich habe mir neulich selbst ein Brückenprojekt in Gelsenkirchen angeschaut. Wer sieht, mit wie viel Begeisterung die Kinder, aber auch die Eltern dort bei der Sache sind, wie sie dort Deutsch lernen, welchen Willen sie haben, ein Teil unserer Gesellschaft zu werden, der weiß: Diese Menschen werden es uns leicht machen, denn sie wollen das Beste für ihre Kinder, und sie wollen ihren Kindern ein gutes Vorbild sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb ist es auch richtig, dass wir die Mittel für die Brückenprojekte mit der Ergänzungsvorlage noch einmal um 9,5 Millionen € auf insgesamt 20 Millionen € erhöht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stellen die Familien, Kinder und Jugendlichen weiterhin in den Mittelpunkt der Landespolitik. Mit dem Haushalt 2016 führen wir unsere klaren politischen Leitlinien verlässlich weiter fort und geben gleichzeitig neue Impulse, vor allem eben auch bei dem Thema Flüchtlinge.

Ich möchte allen unseren Partnern im Land, besonders auch dem Ausschuss, für die gute Zusammenarbeit danken. Lassen Sie uns gemeinsam viel bewegen für die Familien, Kinder und Jugendlichen bei uns im Land; denn sie sind unsere Zukunft. – Ganz herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin Kampmann. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Prof. Dr. Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zu den kleinen Summen mit der großen Wirkung. Denn das, worüber wir jetzt reden, ist ein kleiner Anteil dieses Einzelplans. Ganze 5,6 % machen die 184 Millionen € aus, um die es hier geht. Auf den Etat insgesamt bezogen, reden wir über 0,28 %. Das sei betont, weil gelegentlich der Fraktionsvorsitzende der

Grünen so tut, als könne man mit Kulturausgaben alles retten und als sei die Schuldenpolitik dieses Landes einzig auf die Kulturpolitiker zurückzuführen.

Meine Damen und Herren, der Haushalt, den wir jetzt vorliegen haben, zeigt keine Akzentsetzung. Wir haben es mit einem Überroll-Etat zu tun. Insofern könnte ich meine Rede vom vergangenen Jahr heute genauso wiederholen: keine Bewegung, keine Initiativen, keine Akzente.

Nach dem Entwurf steigt der Haushalt der Kulturförderung um 3,5 Millionen €. Die machen bei diesem kleinen Etat bereits 2 % aus. Bei Lohnsteigerungen von deutlich über 2 % ist das aber real eine Kürzung. Im Bund – nur zum Vergleich – wird der Kulturetat um 115 Millionen € auf 1,4 Milliarden € aufgestockt. Das sind 4 %. Wenn man den Königsteiner Schlüssel anlegte, dann wären das für Nordrhein-Westfalen 280 Millionen €, also fast 100 Millionen € mehr, als unser Kulturetat ausmacht.

Allein das Denkmalschutz-Sonderprogramm der Kulturstatsministerin Grütters umfasst 20 Millionen €. Und damit bin ich beim Elend der nordrhein-westfälischen Denkmalförderung: Das Thema Denkmalförderung ressortiert zwar nicht hier, aber sei als besonders eklatantes Beispiel für die Kulturfeindlichkeit der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen mal genannt. Die Streichung dieses wichtigen Bereiches, wenn ehrenamtliche Initiativen, Eigentümer oder Heimatpfleger keine Zuschüsse mehr für ihre Arbeit erwarten können, ist und bleibt ein Skandal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wegen des Zeitmangels nur ein Punkt. Mit diesem Etat wird die Staatshaftung abgeschafft. Dabei handelt es sich bei der Staatshaftung um ein ausgesprochen wirkungsvolles Mittel für die Ermöglichung von großen Ausstellungen mit sehr kostbaren Exponaten. Ersetzt wird sie durch eine Summe für klassische Versicherungen. Meine Damen und Herren, das ist ein Versicherungsförderungsprogramm, was da vorliegt. Jetzt wird der Etat solcher Ausstellungen mit hohen Versicherungsbeträgen aufgebläht, wenn sie überhaupt zu versichern sind. Und die Haushaltssumme von 240.000 € wird rasch verbraucht sein. Ich glaube, der Wegfall der Staatshaftung ist eine Preisgabe ohne jeden Sinn.

Meine Damen und Herren, wo gibt es Kulturpolitik? Wo wird gestaltet? Stattdessen gibt es jetzt den Entwurf eines Kulturförderplans, der lediglich das zusammenstellt, was gemacht wird und der vielleicht künftig die Kulturpolitik in diesem Haus ersetzen soll. Die einzigen Akzente des Etats werden durch Änderungsanträge der Kolleginnen und Kollegen hier im Hause gesetzt. Die Regierung hat sich offensichtlich von einer gestaltenden Kulturpolitik verabschiedet.

Meine Damen und Herren, der Kulturetat steht im Kontext eines durch und durch unsoliden und nicht

verantwortbaren Etats. Wir lehnen ihn ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Sternberg. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Bialas.

Andreas Bialas (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushalt für Kunst und Kultur für das Jahr 2016 wächst deutlich an – dies vorneweg als erfreuliche Tatsache.

Wir haben Bewährtes zu achten und Neues zu schaffen. Besonders haben wir die Kontexte zu betrachten, in denen wir haushalterisch tätig werden. Gerade die aktuelle Zeit und die sich in ihr stellenden Aufgaben und Fragen müssen auch aus kulturpolitischer Sicht beleuchtet und beantwortet werden. Sie müssen auch Niederschlag in unseren Haushalten finden.

Das ist in diesem Haushalt bereits ansatzweise der Fall. Gleichzeitig schreibt er Bisheriges fort, übernimmt Vorbildfunktionen beispielsweise bei der Tarifentwicklung und zeigt sich als verlässlicher Partner im großen Bereich der Kofinanzierung, besonders zur Sicherung der kulturellen Daseinsvorsorge: mehr Geld für Projekte für Interkultur, mehr Geld für kulturelle Bildung, mehr Geld für ästhetische und kulturelle Produktionen, mehr Geld für die Breitenkultur, mehr Geld für den Bereich der Digitalisierung im Theater, mehr Geld für Künstlerförderung, mehr Geld für die Musikpflege und Musikerziehung.

Besonders freut mich natürlich auch, dass NRW seinen Schritt gegangen ist, um sich mit seinen Partnern im Bund und in der Kommune zu dem großen Ziel der Errichtung eines Pina-Bausch-Zentrums auf den Weg zu machen. Es geht hier nicht um die Erhaltung eines Erbes, sondern primär darum, dass innovative Kunst und hier konkreter moderner Tanz ein Markenzeichen unseres Landes NRW ist und bleibt. Das kennzeichnet den Kulturstandort NRW: weltweit vorne dabei.

Mich freut auch, dass wir deutlich mehr Mittel für den Bereich der Erinnerungskultur zur Verfügung stellen. Denn wer die neue Zeit begreifen möchte, muss seine Verantwortung und auch seine Vergangenheit kennen. Wer über Werte reden möchte oder, schärfer, wer Werte einfordert, muss seine Werte kennen bzw. zumindest benennen können: die Werte unserer reichhaltigen Kultur und nicht irgendwelche Pseudoregularien, die schnell zusammengezimmerter dem eigenen Ansinnen passen und nur der Verteidigung von Pfründen am besten dienen.

Meine Kollegin wird gleich noch einiges dazu erwähnen. Ich möchte nicht weiter vorgreifen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben einen guten Haushalt vorgelegt. Gleichzeitig gestatten Sie mir noch einen Rückblick und eine Vorausschau.

Wir haben vor ca. einem Jahr hier das Kulturfördergesetz verabschiedet. Damit befinden wir uns auf der Höhe der kulturpolitischen Entwicklung bundesweit. Nun wird der Kulturförderplan in einem breiten, offenen, dialogischen und partizipativen Verfahren erstellt. So viele gute kulturpolitische Diskussionen, so viele kulturpolitische Debatten, so viel Partizipation hatten wir selten. Das geht weiter so, und das ist auch gut so.

Meinen herzlichen Dank an dieser Stelle an das Ministerium mit der vorhergehenden Ministerin und mit der jetzigen Ministerin, die beide diese Prozesse sehr verlässlich betreuen und begleiten!

Ein Letztes noch: Selbstverständlich würde ich den Haushalt immer gerne verdoppeln. Wer möchte das nicht für seinen Zuständigkeitsbereich? Aber ich möchte hier einen Punkt auch noch einmal beleuchten, nämlich die Hilfen für die Kommunen unter der rot-grünen Landesregierung seit 2010. Denn sie sind strukturelle Stärkung der Kulturpolitik. Das zeigt sich jetzt beispielsweise an meiner Heimatstadt. Wir sind eine Stärkungsparkt-I-Kommune. Die Möglichkeit, 2017 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, führt dazu, dass auch die Stadt ihre Aufgaben im Bereich der Kulturpolitik wahrnimmt und auch hier wieder ihren Anteil erhöht.

Keine Landesregierung war so ein guter Partner der Kommunen. Dieser zurückgewonnene Spielraum kommt eben auch der Kultur zugute. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Schmitz.

Ingola Schmitz (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen ein Land, in dem Kunst und Kultur einen zentralen Platz einnehmen. Ich denke, alle Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker in unseren Reihen können diesen Satz ohne Weiteres unterstreichen. So vollmundig verspricht es die Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen.

In der Realität bleiben das kulturelle Erbe und die kulturelle Vielfalt für die Landesregierung auch in diesem Jahr schlicht eine Randnotiz. Das ist die bittere Wahrheit für uns Kulturpolitiker und Kulturpolitikerinnen. Der Kulturhaushalt von 2016 liegt weiterhin unterhalb des Niveaus von 2012 oder 2013. Die drastischen Kürzungen der Kulturförderung durch die rot-grüne Landesregierung wurden bis heute nicht kompensiert.

Auch die Denkmalförderung haben Sie praktisch vollständig eingestellt. Erst vor wenigen Wochen haben wir uns im Ausschuss für Kultur und Medien mit dem Denkmalförderbericht auseinandergesetzt. Aus dem Bericht ging hervor, dass im Bereich des Darlehnsprogramms der NRW.BANK für nicht wohnwirtschaftlich genutzte Baudenkmäler im ersten Halbjahr 2014 noch ein Fördervolumen von rund 29 Millionen € erreicht wurde. Im ersten Halbjahr 2015 waren es nicht einmal 4 Millionen €. Selbst bei den wohnwirtschaftlich genutzten Denkmälern ging das Fördervolumen zurück.

Das ist ein deutlicher Indikator für die Bestätigung unserer Befürchtungen. Ein Darlehnsprogramm für Denkmalförderung ist unattraktiv und damit ungeeignet. Es liegt doch auf der Hand, dass Darlehnsprogramme für eine Kompensation der drastisch gekürzten Denkmalförderung des Landes in Form von Zuschüssen nicht sinnvoll sind. Denn gerade bei nicht wohnwirtschaftlich genutzten Baudenkmalen handelt es sich typischerweise nicht um gut vermarktbare Objekte. Es geht bei der Denkmalförderung, die für das Land nicht zuletzt nach Art. 18 der Landesverfassung verpflichtend ist, ja gerade auch um den kulturellen oder religiösen Wert von Denkmälern und nicht um ihre Vermarktbarkeit.

Der Bericht bestätigt, dass die Kürzung der Denkmalförderung ein großer Fehler war, der das kulturelle Erbe Nordrhein-Westfalens nachhaltig beschädigt. Dieser Schaden verblasst allerdings schon fast vor dem Unwesen, das die Landesregierung rund um die verkauften Warhol-Werke treibt. Bereits der an Öffentlichkeit und Kulturszene vorbei eingefädelte Verkauf der beiden Kunstwerke durch den landeseigenen Casinobetreiber WestSpiel war ja ein kulturpolitischer Frevel.

Werte Ministerin, hier soll es trotzdem auch ein Wort des Lobes geben. Es war gut, dass Ihre Vorgängerin, Frau Ministerin Schäfer, dann doch noch in dieser Situation, wenn auch sehr verspätet, beherzt eingegriffen, einen Kulturbeirat eingerichtet sowie die Überprüfung von Kunst als nationales Kulturgut eingeleitet hat, um hier nur einige Initiativen zu nennen. Ihre Maßnahmen können aber über den großen Schaden, den das Land NRW aufgrund des kulturpolitischen Frevels genommen hat, nicht hinwegtäuschen.

Dass ein Teil des Erlöses für die Sanierung einer maroden Spielbank und für den Neubau eines Casinos genutzt werden soll, war der Landesregierung aber noch nicht genug. Nun soll sogar der gesamte Erlös im ohnehin fragwürdigen staatlichen Glücksspielbetrieb eingesetzt werden. Dabei hätten Teile dieser Mittel zumindest wieder in Kunst und Kultur investiert werden müssen, wenn Rot-Grün schon landeseigene Kunst verscherbeln will, anstatt die Mittel vollständig in defizitären staatlichen Spielbuden zu verzocken. Ich appelliere dringend an die

Regierungskoalition, diesen Akt der kulturpolitischen Barbarei schnellstens zu beenden.

Unter dem Strich ist der Kulturhaushalt dieser Landesregierung eine Enttäuschung. Sie lassen insbesondere Kommunen im Stich, die dringend Mittel zum Aufrechterhalten der kulturellen Vielfalt in Nordrhein-Westfalen benötigen, ...

(Zuruf von Andreas Bialas [SPD])

– Da muss ich Ihnen ganz energisch widersprechen, Herr Bialas. –

.. und das, obwohl bereits jetzt gerade in Nordrhein-Westfalen die Kommunen den größten Beitrag zur Kulturförderung leisten. Während in den anderen Flächenländern die Kommunen knapp 53 % der öffentlichen Kulturausgaben tragen, sind es bei uns über 75 %. Umso kleiner ist der Anteil des Landes, und dabei soll es ganz offensichtlich auch bleiben. Damit schadet diese Landesregierung der Kultur in Nordrhein-Westfalen so massiv wie keine vor ihr. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Schmitz. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Kleine Summen, große Wirkungen, würde ich einmal als Überschrift sagen. Das ist auch gut so. Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen Kulturetat, der wieder knapp an 190 Millionen € heranreicht. Das ist auch gut. Wir haben ein sehr breites und gutes Spektrum an Fördermitteln. Ich würde mir Begriffe wie Barbarei und Ähnliches wirklich verbitten. Denn diese Begriffe wenden wir gerade da an, wo zum Beispiel Daesh irgendwelche Dinge zerschlägt oder Ähnliches. Da sagen wir, das ist Barbarei, und das ist es auch. Aber was wir hier machen, ist Kulturpolitik, und wir fördern Kultur hier im Land. Deshalb sollten Sie aufpassen, welche Begriffe Sie verwenden. Machen Sie keine Panik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Kulturförderung in Nordrhein-Westfalen unterliegt jetzt sozusagen dem Kulturfördergesetz als Struktur. Wir haben einen Kulturförderplan in Arbeit, der demnächst greifen wird. Damit haben wir eine ziemlich große strukturelle Neuerung, die die Kulturförderung unter verschiedenen Gesichtspunkten stellt und auf Jahre hinweg auch kontinuierlich absichert. Kontinuität ist ein ganz wesentlicher Punkt in der Kulturförderung.

Ich bin froh, dass wir die Erinnerungskultur stärken, dass wir das Jüdische Museum Westfalen absichern, dass wir die Denkmalpflege mit über 500.000 € ein Stück stärken. Es sind etwa 40 bis 50 Projekte

im Land, die damit weiter und wieder gefördert werden können. Es geht also nicht zurück, sondern es geht wieder ein Stück nach vorn. Das ist ein gutes Zeichen für die Kulturpolitik; das hätte man sich in all den Jahren immer und kontinuierlich gewünscht. Dann wären wir heute noch ein Stückchen weiter. Aber der Weg ist richtig und das Ziel auch.

Wir haben die Theaterförderung angehoben, wir haben Kultur für Kinder und Jugendliche angehoben. Der Kulturrucksack, von der Regierung mit 400.000 € angefüllt, wurde von uns noch einmal mit 800.000 € aufgefüllt. Das sind alles relativ kleine Summen, aber wer sich in der Kultur auskennt – die meisten von uns kennen sich aus, weil sie auf kommunaler Ebene oder anderswo damit zu tun haben –, der weiß: Diese kleinen Summen erzeugen große Wirkung. Mit ein paar Tausend Euro können sie in der Kultur oft sehr viel in Gang setzen. Der Kulturrucksack ist aus meiner Sicht eines der Paradebeispiele, an dem sich inzwischen weit über 200 Kommunen in Nordrhein-Westfalen beteiligen.

Wir haben eine sehr gute Aufstellung im Bereich des allgemeinen internationalen Kulturaustausches vorgenommen. Wir haben eine Verstärkung bei Je-Kits vorgenommen in Form einer VE-Erweiterung, was wichtig ist, um die Beschleunigung der Umstellungen zu organisieren. Und wir haben, was auch gut ist, das Pina-Bausch-Zentrum landesseitig abgesichert.

Also, mehr Denkmalpflege, mehr Erinnerungskultur, mehr Kultur für Kinder und Jugendliche sind Schwerpunkte unserer Politik. Kleine Summen, große Wirkungen! Ich hoffe, dass wir das auch in den nächsten Jahren fortsetzen können, und ich glaube, dass wir im Kulturbereich nicht von Barbarei sprechen sollten, sondern von Aufbau und von Weiterentwicklung. Darauf kommt es kulturpolitisch für mich und für die Menschen, die draußen Kunst und Kultur für uns organisieren, entscheidend an. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und Andreas Bialas [SPD])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Lamla.

Lukas Lamla (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und zu Hause! Dieses Jahr haben wir einen Kulturhaushalt, der – nun ja – minimal optimiert wurde. So weit, so gut, wenn da nicht ein „Aber“ wäre!

Im Hinblick auf die globale Situation und unsere Position in Europa und in Deutschland wird das Gewicht von Kultur, Kunst und Bildung als Mittel zum Frieden und zur Koexistenz anscheinend nur noch als Figur für warme Worte verkannt. Es ist nicht

mehr business as usual, meine Damen und Herren, es ist fünf vor zwölf. Noch mehr Überwachung und militärische Aktionen allein sind nicht das Allheilmittel für Extremismus, Faschismus und Terrorismus. Die heute Situation ist nicht mit dem Sicherheitstheater und mit Militärintervention zu lösen.

Lassen Sie mich die Perspektive erweitern, damit klar wird, was ich meine. Denn genau hier im Kulturhaushalt ist ein Knackpunkt unseres Unverständnisses für die gestrige Resolution Ihrer Fraktion zu finden, nämlich der Mangel an Einsicht, dass Integration, Kommunikation und kulturelles Leben auf allen gesellschaftlichen Ebenen der Grundstein einer friedlichen, toleranten und demokratischen Gesellschaft ist, nicht als warme Worte, sondern als Taten, als Investitionen.

Es ist allen klar, dass die Möglichkeit zu Räumen der Kultur ein wichtiges Angriffsziel der Attentäter vom 13. November war, die Räume, in denen es kein klares Schwarz oder Weiß gibt, sondern die Koexistenz vieler Graustufen und Farbenspiele.

Die Angriffe auf unsere Lebensweise kamen aus einem düsteren Blickwinkel der Angst – Angst vor Veränderung, Angst vor einer ungewissen Zukunft und der vagen Hoffnung auf eine Verbesserung des Lebens durch eine radikale Hinwendung zu gefühlte jahrhundertealten Riten. Diese Angst kann islamistische oder rechtsradikale Ausprägungen haben. Wir sehen jeden Tag in den Nachrichten, was Angst bei den Menschen anrichtet.

Dieser Angst müssen wir mit positiver Kraft und Kultur begegnen. Im Möglichkeitsraum Kultur ist scheinbar Fremdes oder Neues keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung. Diese Elemente sind evolutionäre Faktoren, die unsere Kultur weiterentwickeln. Kultur ist ein Menschenbedürfnis und daher der Raum, in dem Angst durch Vernetzung und Verständigung von Menschen ersetzt werden kann.

Hier in NRW wird gerade in der Kunst- und Kulturlandschaft von mit kommunalen und mit Landesmitteln geförderten Kulturinstitutionen der Freien Szene, der Off-Kultur und einigen anderen bunten und lebendigen Biotopen viel geleistet und Gutes getan. Der Einsatz und der Wille sind da, Kultur dem Terror und der Angst entgegenzusetzen. Besonders in sozial schwachen Regionen bieten die Ungewissheit, die Angst vor der Zukunft, die Perspektivlosigkeit einen Nährboden für extremistische und faschistische Ideen.

Es sind oftmals die kleinen Projekte, die das gesellschaftliche und kulturelle Leben für alle Altersgruppen durch zielgerichtete Angebote mit viel Herzblut extrem bereichern und in NRW jeden Tag, jede Woche und jedes Jahr Kulturarbeit als Mittel zur Verständigung einsetzen. Hier treffen sich Einheimische und Menschen, die vor dem Terror in ihrer Heimat geflüchtet sind, um in Deutschland ein würdiges und freies Leben zu führen.

Gerade jetzt sorgen verstärkte Investitionen in das Kulturleben für eine nachhaltige Bestands- und Entwicklungsgarantie für unsere demokratische, freiheitliche Kultur, Kunst und Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, es wird deutlich, dass jetzt die Zeit gekommen ist, Kulturförderung neu zu denken. Ein Weiter-wie-bisher darf es nicht mehr geben. Dieser Haushaltsentwurf spiegelt genau das wider und ist somit abzulehnen. Die Piratenfraktion wird daher zur nächsten Runde Vorschläge unterbreiten, die der aktuellen Situation angemessen sind. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Für die Landesregierung spricht für den Bereich Kultur Frau Ministerin Kampmann.

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bürgerkrieg in Syrien, die Anschläge in Paris, der so nah gerückte Islamische Staat, die Herausforderungen für unsere Gesellschaft und für unsere Demokratie sind derzeit so groß wie noch nie. Das bedeutet, die Kultur mit ihren künstlerischen und kreativen Impulsen, die sie gibt, und mit ihrer enormen Integrationskraft wird noch wichtiger. Da bin ich ganz bei Ihnen, Herr Lamla, zumindest dann, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

(Zuruf von den PIRATEN: Haben Sie!)

Meine Damen und Herren, wer sieht, wie Kinder, die nach langer Flucht nicht dazu in der Lage sind, über das Erlebte und das Gesehene zu sprechen, genau das aber in Bildern verarbeiten, wer zum Beispiel sieht, wie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in einem Theaterstück einem breiten Publikum genau das vermitteln, was kein Wort auszudrücken vermag und was wir uns alle an Angst, Gewalt und Hilflosigkeit kaum vorzustellen vermögen, der weiß, wie wichtig Kunst und Kultur in diesen bewegten Zeiten für uns alle sind.

Deshalb komme ich zu einem anderen Schluss als Sie, Herr Lamla. Ich glaube nämlich, dass es gut ist, dass wir es in diesen Zeiten geschafft haben – und damit haben wir ein starkes Zeichen für die Kultur gesetzt –, trotz knapper öffentlicher Kassen rund 7 Millionen € mehr für den Kulturetat des Landes bereitzustellen. Davon sind 3,1 Millionen aus den Änderungsanträgen der Regierungsfractionen. Ich freue mich über dieses Ergebnis, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist ein Fortschritt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich freue mich auch – da bin ich ganz bei Andreas Bialas –, dass wir mit diesem Kulturetat dem geplanten Pina-Bausch-Zentrum in Wuppertal – ein

bedeutendes Projekt für Nordrhein-Westfalen – endlich ein Stück nähergekommen sind.

Ich bin auch froh, dass es uns gelungen ist, zusätzliche Mittel für die Tarifsteigerung für die von uns geförderten Einrichtungen bereitzustellen. Denn wir sollten alles dafür tun, dass Kultureinrichtungen nicht von der Tarifentwicklung abgekoppelt werden.

Es gibt noch eine weitere gute Botschaft, die sich auf die Sanierung des Gebäudes der Neuen Schauspiel GmbH in Düsseldorf bezieht. Auch hier beteiligen wir uns. Das Schauspielhaus wird zusammen mit der nötigen Anhebung der institutionellen Förderung zukunftsfest gemacht. Auch das ist eine gute Botschaft. Auch hier zahlen wir mehr, was unbedingt notwendig ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um die Kultur für die Zukunft weiterzuentwickeln, müssen wir aber auch neue Wege gehen. Das tun wir mit dem Kulturfördergesetz. Das Kulturfördergesetz verändert unsere kulturpolitische Planung grundlegend in allen Bereichen.

Das zeigt, lieber Herr Sternberg, die Landesregierung ist weit davon entfernt, sich von einer gestaltenden Kulturpolitik zu verabschieden. Denn im Zentrum steht hierbei der Kulturförderplan, der gegenwärtig unter umfassender Beteiligung der Kunst- und Kulturschaffenden in Nordrhein-Westfalen von meinem Haus aufgestellt wird.

Schwerpunkthemen – das wissen Sie – sind zum einen die individuelle Künstlerinnen- und Künstlerförderung und zum anderen das Thema „Kulturelle Bildung“, was schon immer eines der zentralen Themen der Landesregierung war. Wir schauen aber auch in die Zukunft. Deshalb haben wir zum dritten Schwerpunkt das Thema „Alle Fragen der Digitalisierung in Kunst und Kultur“ benannt. Mit diesen drei Schwerpunkten sind wir sehr gut aufgestellt.

Das positive Signal, das wir mit diesem Haushalt geben, zeigt nicht zuletzt, dass wir die Herausforderung erkennen, vor der wir alle – Land, Kommunen und Kultureinrichtungen – stehen, insbesondere durch die vielen Menschen, die zu uns geflüchtet sind. Denn wenn wir es schaffen wollen, diese Menschen gut aufzunehmen und sie tatsächlich willkommen zu heißen, kommt gerade der Kultur eine wichtige Rolle zu. Ich finde, die Kultur muss ihre Türen öffnen für die Menschen, die bei uns ein Zuhause finden wollen, aber auch für neue Impulse, die diese Menschen zu uns mitbringen. Das ist eine große Bereicherung für die Kultur in Nordrhein-Westfalen, die seit jeher stark von Migration und Interkultur geprägt ist. Die Kultur leistet gerade enorm viel für eine gelingende Integration der Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir möchten die Kommunen und die Kultureinrichtungen dabei begleiten. Gerade die Änderungsanträge der Regierungsfraktionen ermöglichen es uns, hier ganz aktuell zu reagieren. Mit einem Volumen von insgesamt 1,5 Millionen € können wir Projekte in der Musik, beim „Kulturrucksack“ und in der allgemeinen Kulturförderung unterstützen, die jetzt vielerorts für geflüchtete Menschen aufgelegt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass wir die Kultur in diesen gesellschaftlich fordernden Zeiten an entscheidenden Stellen stärken konnten. Ich danke allen Partnern in der Kultur ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit, vor allem aber auch den Mitgliedern des Kulturausschusses. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Wir kommen nun zu dem Bereich Sport. Dazu gebe ich das Wort an den Sportpolitiker der CDU-Fraktion, an den Kollegen Müller.

Holger Müller (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich bitte um Genehmigung einiger Zitate aus zurückliegenden Protokollen, die ich natürlich alle belegen kann. Da wir eine neue Ministerin haben und ich nicht weiß, was ihr im Ministerium so alles erzählt wird,

(Beifall von der CDU und der FDP)

will ich die Gelegenheit nutzen, einige historische Ausführungen zu machen. – Frau Ministerin, ich versichere Ihnen: Das bringt Sie auf jeden Fall der gesamten Wahrheit deutlich näher.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP)

Ich fange an mit den Sportschulen NRW, einem Projekt von CDU und FDP. Wie sagte doch der ehemalige sportpolitische Sprecher Peschkes der SPD? – „Das ist eine Mogelpackung“ und kurz danach: „Es sei nicht mehr als heiße Luft“, und zwar über Jahre. Wie ging es weiter? – Rot-Grün hat jetzt das Projekt von 18 NRW-Sportschulen. Das ist in Ordnung. Aber hier gilt der alte Spruch: Was kümmert uns unser Geschwätz von gestern, in diesem Fall unser dummes Geschwätz?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wie sagte einst Herr Peschkes? – Das sei doch alles heiße Luft. Wenn ich mir die Regierungsfraktionen so ansehe, was die insgesamt produzieren, dann ist das so viel heiße Luft, dass wir noch viele Sportschulen in NRW aufmachen können.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Fazit: von CDU und FDP geklaut.

Zweitens: motorische Tests – eine Idee der CDU. Wie sagte die Kollegin Josefine Paul am 20. Januar 2011 so schön? – „Das können Sie mit Einmal-schnell-durch-den-Test-Gehoppel unter Umständen gar nicht so zielsicher herausfinden.“

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ja!)

Jetzt haben Sie 33 Modellversuche. Das heißt, Sie lassen jetzt immerhin 33-mal modellhoppeln.

(Beifall von der CDU – Heiterkeit von Josefine Paul [GRÜNE])

Ich stelle fest: Auch das ist von der CDU geklaut.

Drittens: die Übungsleiterpauschale – eine Forderung der CDU. 2013, 2015 und 2016 haben wir jeweils 1 Million € zusätzlich gefordert. Das ist von Rot-Grün 2013 und 2015 ohne Begründung abgelehnt worden. Jetzt wollen Sie, weil die SPD ja anscheinend schlau war – die Grünen auch – und davon ausging, dass wir den Antrag wieder stellen würden, 2016/2017 jeweils 900.000 € zur Verfügung stellen. Das ist grundsätzlich in Ordnung.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

– Ja, das ist aber dreist. Das ist wirklich Dreistigkeit statt Kreativität.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und Sie haben schon wieder von der CDU geklaut. Man gewöhnt sich dran.

(Zuruf von der CDU: Unverschämt!)

– Ja, lassen Sie uns doch froh sein, dass wir hier sind. Sonst würde doch im Sport gar nicht viel Neues laufen.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Als Letztes – ich könnte noch mehr erzählen, aber ich habe ja nicht mehr so lange –: „1000 x 1000“ – auch ein Projekt von CDU und FDP. Das haben Sie umetikettiert. Ich habe damals schon gesagt: eine wahrlich gigantische intellektuelle Leistung. Auch hier das Fazit: von CDU und FDP, wenn auch umetikettiert, geklaut. – So ist das im Leben. Das Schöne oder nicht so Schöne ist ja: In der Politik ist geistiger Diebstahl nicht strafbar.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Deshalb, Herr Kollege Bischoff und Frau Kollegin Paul, wünsche ich Ihnen gleich viel Spaß beim Bejuben Ihrer sportpolitischen Hehlerware.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Wir als erfolgreiche Ideenspender und Dauerbeklaute können dabei nicht mitmachen und lehnen Ihren Haushalt daher ab.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Müller. – Nun für die SPD-Fraktion, wie schon angekündigt, der Kollege Bischoff.

Rainer Bischoff (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihr Beitrag mag ja witzig sein, Herr Müller, aber logisch ist er nicht.

(Holger Müller [CDU]: Aber richtig!)

– Nein, richtig auch nicht. Vor allen Dingen ist er nicht logisch. Wenn Sie hier einen Punkt nach dem anderen erwähnen, wie toll die Sportpolitik ist, und dann damit enden, dass Sie dem Haushalt aber nicht zustimmen, dann ist keine Logik dabei.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

– Ich habe sehr gut zugehört, selbstverständlich.

Ihr Beitrag ist völlig unlogisch. Wenn wir alles von Ihnen geklaut hätten und wenn alles so wunderbar wäre, was Sie vorgeschlagen haben, dann müssten Sie ja zustimmen. Das tun Sie aber nicht, und das ist ein Widerspruch in sich.

In der Sache haben Sie leider vergessen – leider oder nicht –, zu erwähnen, dass die Übungsleiterpauschale in Ihrer Regierungszeit deutlich gekürzt worden ist. Sie stellen zwar jedes Jahr einen Antrag, alle möglichen Anträge, aber erst seit Sie in der Opposition sind. Hätten Sie es ernst gemeint, hätten Sie sie von 2005 bis 2010 erhöhen müssen. Aber das ist mitnichten passiert, sondern Sie haben sie gesenkt.

(Beifall von der SPD)

Insofern ist das hier eher eine Büttenrede als ernst zu nehmen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Müller zulassen?

Rainer Bischoff (SPD): Gerne.

Holger Müller (CDU): Lieber Herr Kollege Bischoff, die Aussage kam ja völlig überraschend. Ist Ihnen bekannt, dass die Pauschale bei Rot-Grün im Jahr 2002 bei 11,77 Millionen € lag und dass sie im Jahr 2003 von Rot-Grün um 1,77 auf 10 Millionen € gekürzt wurde? Ist Ihnen bekannt, dass sie im Jahre 2005 von Rot-Grün auf 7 Millionen € gekürzt wurde? Und dann ist Ihnen sicherlich bekannt, dass sie im Jahr 2006 von Schwarz-Gelb noch einmal um 1,24 Millionen € gekürzt worden ist.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege.

Rainer Bischoff (SPD): Ja.

(Holger Müller [CDU]: Dann ist ja gut!)

Herr Müller, Sie haben fünf Jahre regiert, aber Sie haben nie eine Korrektur vorgenommen. Überhaupt nichts haben Sie gemacht. Mein Vorwurf bleibt genauso bestehen wie vorher. Ihre Zahlen ändern daran überhaupt nichts. Sie haben in den fünf Jahren Ihrer Regierungszeit weitergekürzt und nie angehoben. Jetzt sagen Sie, dass sei Ihr großer Beitrag, dass wir jetzt erhöhen. Das ist doch völliger Unsinn. Das ist überhaupt nicht logisch.

Jetzt möchte ich aber zu dem Eigentlichen kommen. Die Vorlage der Landesregierung ist da. Sie zeigt, dass die Sportpolitik, der Sporthaushalt, die Sportförderung des Landes NRW bewährt sind, dass sie gut sind. Das zeigen uns auch die Rahmenbedingungen. Der Landessportbund und die Organisationen sagen uns das sehr deutlich.

In zwei Punkten haben wir das aus gutem Grund noch einmal erhöht. Ich möchte das noch einmal in den Zusammenhang stellen. Auf der einen Seite wollen wir den Inklusionsgedanken im Sport stärken. Deswegen haben wir im Bereich „1000 x 1000“ diese 250.000 € zusätzlich aufgestellt mit dem Anreiz, dass Inklusionsprojekte dadurch gefördert werden. Wir wollen den Gedanken der Inklusion entsprechend stärken.

Was bereits angesprochen worden ist, möchte ich jetzt auch noch einmal in den Zusammenhang stellen, nämlich dass wir die Übungsleiterinnen und -leiter, das Ehrenamt, deutlich stärken wollen, und zwar nicht nur ideell, wie es häufig stattfindet, sondern auch finanziell durch die Erhöhung der Übungsleiterpauschale um 900.000 € in diesem Jahr, und im nächsten Jahr – das ist im Antrag schriftlich festgelegt – wird die zweite Tranche erfolgen. Dann haben wir im nächsten Jahr 30 % Erhöhung für die Übungsleiterinnen und -leiter dieses Landes erreicht. Wenn das keine gute Botschaft ist, dann weiß ich es nicht.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])

Wir hätten gerne – das gebe ich zu, und das sollte auch offen gesagt werden – alles in einer Tranche gemacht. Aber da wir durch die Flüchtlingsentwicklung noch deutliche Ausgaben im Landeshaushalt hatten, haben wir uns als Sportpolitiker auf einen Kompromiss mit der Fraktionsführung verständigt. Damit erreichen wir aber in der Tat im Jahre 2017 nach zwölf Jahren wieder das Volumen – Herr Müller, es wäre gut, wenn Sie jetzt zuhören –, was Sie 2005 weiter gesenkt haben. Danach erhöhen wir um 30 %.

Das ist, wie ich finde, eine hervorragende Botschaft, ein tolles Zeichen an die 110.000 Übungsleiterinnen und Übungsleiter, die in Nordrhein-Westfalen in den 19.000 Vereinen mit 5,1 Millionen Mitgliedern aktiv sind. Für die alle ist das eine sehr positive Botschaft. Deswegen stehe ich hier ganz froh und stolz, dass ich das so verkünden darf.

Vielleicht wäre es jetzt nach diesem Beitrag möglich, Herr Müller, dass Sie und die anderen Oppositionsfractionen doch zustimmen, weil Sie ja sagten, Sie hätten das alles ja angeregt, was ich bezweifle. Aber wir haben es gemacht. Und das ist die Wahrheit, und deswegen verlasse ich das Rednerpult sehr gerne. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bischoff. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Dr. Kerbein.

Dr. Björn Kerbein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf der rot-grünen Landesregierung für den Sportbereich ist für uns in vielerlei Hinsicht eine wahrliche Enttäuschung, meine Damen und Herren. Für mich als Neuling, als neuer Landtagsabgeordneter und sportpolitischer Sprecher unserer Fraktion, hätte ich mir wesentlich mehr Mut und Kreativität gewünscht.

Mein Kollege Holger Müller hat gerade schon den geistigen Diebstahl angesprochen. Ich denke, das war in ziemlich deutlich in der Diskussion. Herr Bischoff, Sie haben das Ganze sicherlich gehört, aber ob Sie das wirklich inhaltlich verstanden haben, bezweifle ich.

(Beifall von der CDU)

Nehmen wir ein Beispiel, das nicht viel Geld gekostet hätte. Auch ich bin Trainer und freue mich über Übungsleiterpauschalen und deren Erhöhung. Nur manchmal ist es so, wenn kein Geld da ist, wenn Sie so wirtschaften wie in den letzten Jahren, wird es dann schwierig. Das Ehrenamt zu fördern, ist viel einfacher, indem man es bürokratisch entlastet. Und hier sehen wir nun wirklich keine Ansätze, meine Damen und Herren.

Landesprogramme, die Sportvereinen zugutekommen sollen, sind viel zu häufig mit umfangreichen Dokumentationspflichten verbunden, die ehrenamtlich geführte Vereine nun wirklich kaum erbringen können. Bürokratische Hürden dürfen die eigentliche gesellschaftliche Leistung nicht beeinträchtigen und Menschen von einem Engagement abhalten.

Herr Staatssekretär Neuendorf hat vor einigen Wochen im Sportausschuss in den Sporthaushalt eingeführt und dabei die Hilfsbereitschaft betont, mit der die Flüchtlinge in unserem Land willkommen geheißen werden. Viele Flüchtlinge müssen vorübergehend in Sporthallen untergebracht werden, die dann natürlich nicht für den Vereins- und Schulsport zur Verfügung stehen. Es zeigt sich hier wieder die wichtige Arbeit, die die vielen Ehrenamtlichen leisten, denn sie bemühen sich, aus der Not

eine Tugend zu machen und die Flüchtlinge mit Sportangeboten zu begrüßen und zu integrieren.

Im letzten Jahr allerdings haben wir uns von der damaligen Ministerin Schäfer erklären lassen müssen, dass wir in Zukunft weniger Sportstätten brauchen werden. Nun zeigt sich, dass es falsch ist, ausgerechnet an der Infrastruktur zu sparen. Wenn das Angebot an Sportstätten auf Kante genäht ist, fällt es umso schwerer, flexibel auf Herausforderungen zu reagieren.

Dass die Landesregierung zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen möchte für Sportvereine, die sich besonders für Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien einsetzen, ist natürlich sehr, sehr löblich. Aber aus unserer Sicht muss allen Vereinen ermöglicht werden, ihren gewichtigen gesellschaftlichen Aufgaben nachzukommen. Uns Freien Demokraten ist es daher ein Herzensanliegen, unseren Sportvereinen möglichst das Leben zu erleichtern, auch finanziell.

(Beifall von der FDP)

In den Vereinen stellen schon kleinere Ausgaben eine große Herausforderung dar. Deshalb gab es zu unserer Regierungszeit das Landesprogramm 1000 x 1000. 1.000 Sportvereine konnten sich unbürokratisch um einen Zuschuss von jeweils 1.000 € bewerben, zum Beispiel für die kaputte Dusche, für die Wartung der Heizung. Das Programm 1000 x 1000 steht zwar im Haushalt, aber es findet – Herr Müller hat darauf hingewiesen – unter verschärften Bedingungen statt. Es hat jetzt die Förderschwerpunkte Ganztage in Schulen, Kindertagesstätten und Inklusion und kommt faktisch nur den Vereinen zugute, die sich in diesem Bereich mittels Hauptamtlichkeit auch engagieren können.

Der Ausbau des Ganztages und auch die Inklusion sind natürlich wichtige Themen, um die wir uns kümmern müssen, auch wenn wir uns als Freie Demokraten höhere Qualitätsstandards bei der Umsetzung der Inklusion wünschen würden, als die Landesregierung sie anlegt.

(Beifall von der FDP und Holger Müller [CDU])

Hier allerdings werden kleine Sportvereine benachteiligt, die keine hauptamtlichen Mitarbeiter und damit auch kaum Chancen haben, im Ganztagsbereich, in Schulen und in Kitas tätig zu werden.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat sich den Haushaltsentwurf im Ganzen sehr genau angesehen.

Wir vermissen wie schon in den vergangenen Jahren jegliche ernsthafte Anstrengung, angesichts der Rekordeinnahmen Mittel einzusparen und die astronomischen Schulden unseres Landes zu tilgen.

Im Haushaltsentwurf fehlt uns der sportpolitische Kompass. Wir vermissen frische gute Ideen,

(Josefine Paul [GRÜNE]: Na ja!)

die erkennen lassen, dass die Landesregierung die politische und sportliche Zukunft unseres Landes mutig gestalten wird.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Aha!)

Den Sportetat müssen wir daher natürlich als Teil des Gesamthaushaltes bewerten, und deshalb werden wir ihm selbstverständlich nicht zustimmen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Kerbein. – Für die Fraktion der Grünen spricht Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer ein bisschen schwierig, nach Herrn Müller zu sprechen. Denn dann ist eigentlich alles Wesentliche schon gesagt – auch in der richtigen Tonalität. Ich will es trotzdem versuchen.

Halten wir aber als Allererstes fest: Offenkundig ist der Sport in Nordrhein-Westfalen nur auf Initiative der CDU entstanden, und alle anderen haben es geklaut.

(Heiterkeit – Beifall von der CDU)

Nur um sicherzugehen, dass wir das nicht wieder machen, haben Sie das zum Anlass genommen, alle sportpolitischen Bemühungen gänzlich einzustellen. Das ist auch konsequent: Wenn man nichts mehr macht und nichts mehr fordert, kann einem auch nichts geklaut werden.

Da tun Sie sich gleich zusammen mit Ihrem ehemaligen Koalitionspartner. Der hat gerade gesagt: Die Sportpolitik hat keinen Kompass und keine Linie. – Daran will die FDP offenkundig auch nichts ändern, denn sie hat keinen einzigen Antrag gestellt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Halten wir also fest: Die CDU hat den Sport in Nordrhein-Westfalen erfunden. Wenn man auf das zurückblickt, was Herr Bischoff gerade gesagt hat, kann der Sport froh sein, dass wir der CDU allerlei geklaut haben, denn wir geben den Vereinen und Verbänden das, was Sie ihnen vorher aus der Tasche gezogen haben, wieder zurück. Das ist eine gute Nachricht für den Sport in Nordrhein-Westfalen: Der Sport ist bei Rot und Grün in guten Händen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –
Norwich Rüße [GRÜNE]: Gott sei Dank!)

Wir wollen aber auf einige weniger kalauerische Punkte aus dem Sporthaushalt schauen. Wir haben es in den Beratungen zu diesem Einzelplan immer wieder gehört: Wir stehen gesamtgesellschaftlich vor großen Herausforderungen. Die Flüchtlingssitu-

ation und die vielen zu uns geflüchteten Menschen sind angesprochen worden. Auch der Sport steht im Hinblick darauf vor großen Herausforderungen.

Ich rede nicht nur davon, dass sich der Sport selbstverständlich an der Unterbringung beteiligt. Ich möchte mich ganz herzlich beim Sport dafür bedanken, dass er diese große Unterstützung mit den Kommunen gemeinsam leistet, und auch für das klare Bekenntnis des Sports, dass die humanitäre Hilfe Priorität vor sportlichen Aktivitäten hat, wenn wir uns in solchen akuten Situationen befinden.

Klar ist aber auch, dass die Hallenbelegung natürlich im Interesse aller – sowohl der geflüchteten Menschen als auch des Sports – nur eine Übergangslösung sein kann. Nach der Unterbringung der zu uns geflüchteten Menschen bzw. bereits gleichzeitig kommt die große Aufgabe der Integration. Da kommt dem Sport eine ganz bedeutende Rolle zu. Das ist schon angesprochen worden – auch vom Kollegen Kerbein. Auch hier haben Sport und Landesregierung gemeinsam Verantwortung übernommen.

Wir packen in diesem Haushalt noch einmal Geld obendrauf, damit die Integration zu einem Schwerpunkt des Sportes werden bzw. weiter ausgebaut werden kann. Das ist gut und wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sport wird vor Ort gestaltet. Das ist eine Binsenweisheit. 80 % der Sportförderung in Deutschland leisten die Kommunen. Das Land unterstützt die Kommunen bei dieser Förderung zum Beispiel mit den 50 Millionen €, die in der Sportpauschale auch wieder in diesem Jahr an die Kommunen über das GFG ausbezahlt werden. Über die Übungsleiterpauschale ist schon viel geredet worden. Auch damit unterstützen wir die Engagierten vor Ort bei der wichtigen Arbeit, die die Übungsleiterinnen und Übungsleiter in den Sportvereinen vor allem auch für die Kinder und Jugendlichen leisten.

Aber – das ist mir auch ein wichtiger Punkt – wir haben sehr lange über die Inklusion im Sport gesprochen. Wir haben einen langen Prozess gehabt, um mit allen Fraktionen gemeinsam das politische Signal auszusenden, dass wir gemeinsam hinter dem Prozess der Inklusion im Sport stehen – auch jenseits aller Farbenlehre. Das war ein wichtiges politisches Zeichen.

Nichtsdestotrotz ist es für den Sport aber auch wichtig, dass es nicht nur bei politischen Signalen bleibt. Ich schaue Herrn Lamla an: Die Piraten haben es immer wieder eingefordert; wir lösen es ein – nicht, weil Sie uns darauf gebracht haben, sondern weil wir alle miteinander der Meinung sind, dass es richtig ist. Deswegen stocken wir das Programm „1000 x 1000“ mit weiteren 250.000 € auf.

Lieber Herr Kerbein, die Vereine melden uns zurück: Dieses Projekt ist gut. Diese Gelder kommen

in der Fläche an. – Vielleicht sollten Sie noch einmal mit den Vereinen in der Fläche sprechen.

(Beifall von den GRÜNEN – Dr. Björn Kerbein [FDP]: Kommen Sie mal ein bisschen rum!)

Ich möchte noch einen kurzen Rückgriff auf den Einzelplan 11 heute am internationalen Tag der Menschen mit Behinderung machen, denn auch hierbei ist noch etwas für den Sport getan worden. Wir haben noch einmal 100.000 € für den Verein Special Olympics draufgelegt. Ich glaube: Das ist ein gutes Gesamtpaket für diese wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe, die der Sport wahrnimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich einen kleinen oder vielleicht auch einen etwas größeren Schnitt machen und auf die Jugendpolitik zu sprechen kommen. Von der Sportpolitik zur Jugendpolitik ist es grundsätzlich kein sehr weiter Sprung. Aber in diesem Fall möchte ich als Frauenpolitikerin meiner außerordentlichen Freude darüber Ausdruck verleihen, dass wir mit diesem Haushalt 2016 endlich auch die finanziellen Mittel für eine zweite Mädchenzuflucht bereitstellen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mädchen und junge Frauen, die von häuslicher Gewalt und/oder Zwangsheirat bedroht oder betroffen sind, befinden sich in einer akuten Gefährdungssituation. Oftmals brauchen sie schnelle, unbürokratische und vor allem anonyme Hilfe und Zuflucht.

Wie wichtig und erforderlich eine spezialisierte Einrichtung für Mädchen bei Gewalt ist, zeigt die langjährige Arbeit des Mädchenhauses Bielefeld. Hier finden sie Schutz sowie qualifizierte und vor allem parteiliche Beratung und Unterstützung nicht nur in einer akuten Notlage, aber eben auch Hilfe zum Entwickeln neuer Lebensperspektiven.

Auf dieser Basis und mit den Erfahrungen, die dort gemacht worden sind, und im Austausch mit den Fachfrauen der Mädchenarbeit sind wir zu der Überzeugung gelangt, dass eine einzige Einrichtung für Nordrhein-Westfalen doch nicht ausreichend ist. Deshalb fördern wir mit weiteren 500.000 € den Aufbau einer weiteren Zufluchtsstelle für das Rheinland, sodass wir in Nordrhein-Westfalen in Westfalen mit dem Mädchenhaus in Bielefeld eine Zufluchtsstätte und hoffentlich bald auch im Rheinland eine zweite Zufluchtsstätte haben, damit Mädchen und junge Frauen Zuflucht vor Gewalt und qualifizierte sowie parteiliche Unterstützung für den Ausbau eines Lebensweges jenseits der Gewalt finden. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Lamla das Wort.

Lukas Lamla (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier und zu Hause! Ich bin ganz froh, dass Frau Paul das Projekt „1000 x 1000“ angesprochen hat. Frau Ministerin, Sie sind ja noch nicht so lange dabei. Deshalb erlaube ich mir an dieser Stelle, ein bisschen den Erklärer zu spielen. Dabei gehe ich ein bisschen in die Vergangenheit, um zu schauen, was denn da eigentlich passiert ist.

Im März 2013 gab es vonseiten der Fraktionen von Rot und Grün den Antrag „Inklusion im Sport voranbringen – Gemeinsamen Sport von Menschen mit und ohne Behinderung fördern“. Das war – ohne konkrete Folgen – so ein „Antragchen“ aus der Schublade „Gut, dass wir mal darüber gesprochen haben“. Wir erkannten allerdings alle, wie wichtig das Ganze ist.

Dann fingen die Beratungen an. Und schon im Januar 2014 stellten die Piraten zu diesem Antrag einen Entschließungsantrag, der eben als vierten Forderungspunkt die Öffnung von bereits bestehenden Programmen wie „1000 x 1000“ für inklusive Sport- und Bewegungsprojekte vorantreiben sollte. Das waren also eindeutig Piratenpositionen.

Wir arbeiteten dann fraktionsübergreifend weiter zusammen – allen voran natürlich die Referenten. Auch im gemeinsamen Antrag zu diesem Thema blieb der Punkt 4 bestehen. Es freut mich jetzt natürlich, dass diese Forderung mit Geld unterfüttert wird. Wenn ich mir dafür auf die Schulter klopfen und sagen würde „Das ist unser Ding, wir haben es umgesetzt“, wäre das, na ja, ein bisschen schwach. Herr Müller würde sagen: Das alles ist nur geklaut.

Vor allem ist das – ich finde das ein bisschen bedenklich – die Folge oder das Ergebnis von zwei Jahren und acht Monaten Sportpolitik im Bereich Inklusion. Frau Ministerin, wenn es nach mir ginge, würden Sie Ihre Fraktion nicht unbedingt für gute Ideen brauchen. Wir könnten uns auch zusammensetzen. Wir haben nämlich einen ganzen Sack voll davon. Vielleicht geht es dann ein bisschen schneller.

(Beifall von den PIRATEN)

Zum Sporthaushalt selbst haben, glaube ich, meine Vorredner schon alles Wesentliche gesagt. Eigentlich könnte ich an dieser Stelle meine Rede, die ich zum Bereich Kultur gehalten habe, wiederholen. Die Situation hat sich verändert. Unsere Gesellschaft wird vor neue Herausforderungen gestellt. Auch ich persönlich sehe den Bedarf, anzufangen, die Sportförderung, wie wir sie bisher kennen, neu zu denken. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Lamla. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Kampmann das Wort.

Christina Kampmann, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Müller: Erst bekomme ich von Herrn Tenhumberg einen Vortrag zur Geschichte des Kinderbildungsgesetzes, dann einen von Ihnen zu den Sportschulen. Herr Lamla hat gerade noch einmal nachgelegt und mir die Geschichte von „1000 x 1000“ erzählt.

Mich freut es, dass das Thema „Bildung“ inzwischen auch bei der CDU und den Piraten so gut angekommen ist. Ich kann Ihnen aber sagen: Sie müssen sich keine Sorgen machen, ich fühle mich sehr gut in meinem Ministerium aufgehoben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte auch kurz noch etwas zu Hamburg sagen; denn es gab dazu einen fraktionsübergreifenden Antrag. Es gab große Unterstützung durch die Sportministerkonferenz. Die Hamburger hatten, ich finde, ein tolles Konzept vorgelegt. Ich glaube, dass die Entscheidung, die am Sonntag gefallen ist – es war, das wissen wir, eine demokratische Entscheidung –, eine große Enttäuschung war. Ich möchte heute aber noch einmal sagen, dass die Ziele mit Impulsen in die gesamte Breite des Sports hinein, die wir in Nordrhein-Westfalen mit der Olympiabewegung Hamburgs verbunden haben, richtig bleiben und dass wir da weiterhin auf einem guten Weg sind, den wir auch weiterhin gehen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Sport hat – das wissen Sie alle – eine ungemein wichtige gesellschaftliche Rolle. Er ist nicht nur unverzichtbar für Gesundheit und Wohlbefinden, er bringt Menschen auch zusammen. Wir wollen genau deshalb mit unserer Sportförderung allen Menschen in unserem Land einen Zugang zu Sport und Bewegung ermöglichen.

Das schließt insbesondere auch die Menschen mit ein, die vor Krieg und Gewalt aus ihren Heimatländern geflohen sind. Wir wissen, der Sport ist besonders geeignet, diesen Menschen einen Weg in die Mitte unserer Gesellschaft zu ebnen. Der Sport bietet Erfolgserlebnisse. Er gibt diesen Menschen ein Stück Alltag zurück. So etwas wie Fußball funktioniert einfach überall auf der Welt. Wir haben inzwischen tolle Projekte überall in Nordrhein-Westfalen. Zum Beispiel haben wir in Paderborn den SC Refugee, der in aller Munde ist und von einem örtlichen Schützenverein betrieben wird.

(Beifall von Marc Lürbke [FDP])

– Genau. Der ist wirklich großartig. – Wir haben in Aachen einen neuen Verein gegründet, in dem unbegleitete minderjährige Flüchtlinge Schwimmen

lernen. Des Weiteren haben wir in Essen den Radsportverein „Sturmvogel“, der geflüchteten Kindern das Fahrradfahren beibringt.

Wir haben über diese Situation der Flüchtlinge hier und im Sportausschuss bereits ausführlich gesprochen. Wir haben auch darüber gesprochen, dass dafür weitere Haushaltsmittel notwendig sind. Deshalb sieht der Ergänzungshaushalt zur Unterstützung der Flüchtlingshilfe des Sports hierfür weitere 250.000 € vor.

Wir sehen, wie viele Sportvereine in der derzeitigen Situation für die Integration ungemein viel leisten. Deshalb ist es gerade in dieser Zeit gut, dass als ein Zeichen der Anerkennung für die Vereine die Übungsleiterpauschale erhöht wird. Rainer Bischoff hat die Zahlen eben genannt. Ich finde, damit wird denen etwas zurückgegeben, die sich an ganz wichtiger Stelle in den Sportvereinen für die Gemeinschaft einsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sport und Bewegung haben aber für alle Menschen eine große Bedeutung. Deshalb wollen wir den Sport noch stärker zu den Menschen bringen; denn nicht jeder hat die Möglichkeit, regelmäßig Sport zu treiben. Wir brauchen deshalb mehr Bewegungsangebote im unmittelbaren Lebensumfeld und im Alltag. Wir wollen den Sport zu den Menschen bringen. Das zu gestalten, ist vor allem auch eine kommunale Herausforderung. Viele Kommunen sind dort schon jetzt sehr aktiv. Wir wollen hier weitere Impulse setzen. Die wichtigsten Stichworte hierzu sind „Sport to go“ und „KommSport“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind und bleiben ein verlässlicher Partner für den Sport im Land. Das spiegelt der Haushaltsentwurf inklusive der Ergänzungsvorlage auch wider. Mit den Erhöhungen für Flüchtlinge, Inklusion, Sportgroßveranstaltungen und Übungsleiter wächst das Sportkapitel im Haushaltsjahr 2016 auf ein Volumen von knapp 64 Millionen €. Das heißt, wir planen – inklusive der Ergänzungsvorlage – einen Aufwuchs um 1,9 Millionen €.

Das beinhaltet auch – ich hatte das Stichwort genannt –, entsprechend dem Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen, weitere 250.000 € für inklusive Sportangebote, die wir auch an die Sportvereine weitergeben wollen. Für uns ist das eine wichtige Unterstützung für das Projekt „Vereinsentwicklung inklusiv“, das wir gemeinsam mit dem Landessportbund NRW und dem Behindertensportverband Nordrhein-Westfalen erarbeitet haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man der Opposition heute zuhört – das mache ich schon fast den ganzen Tag –, dann bekommt man den Eindruck, dass man nur die Worte „Mehr Mut und Kreativität“ in den Raum werfen muss. Hört man dann aber weiter zu und lauscht, was sich dahinter verbergen könnte, dann kommt ganz einfach

nichts mehr. Und in den Ausführungen findet man nichts dazu, was Mut und Kreativität nach der Vorstellung der Opposition eigentlich bedeuten könnten.

Unser Gesamtpaket für den Sport in Nordrhein-Westfalen ist allerdings stimmig. Wir zeigen große Kontinuität und Verlässlichkeit. Wir sind auch flexibel genug. Wir sind auch mutig und kreativ genug, um auf diese Herausforderungen reagieren zu können. Wir wissen um die große Bedeutung des Sports und der vielen Menschen, die sich ehrenamtlich im und für den Sport engagieren.

Für die gute Zusammenarbeit möchte ich den Partnerinnen und Partnern im Land danken, vor allem auch den Mitgliedern des Sportausschusses. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat ihre Redezeit um 1:49 Minuten überzogen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh, oh!)

Es ist ja nichts Außergewöhnliches, dass die Landesregierung ihre Redezeit überzieht. Daher kennen Sie das Verfahren: Durch das Überziehen der Redezeit der Regierung kommt allen Fraktionen des Parlaments das Angebot zusätzlicher Redezeit zu.

Mir wird vom Kollegen Herrn Tenhumberg der Eindruck vermittelt, dass er dieses Angebot nutzen möchte.

(Jochen Ott [SPD]: Wir möchten Herrn Müller hören! – Unruhe)

Herr Tenhumberg, Sie haben das Wort für eine 1:50 Minuten.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank, Frau Ministerin, dass sie mir diese Zeit noch gegönnt haben! Denn das, was einige Kollegen hier im Parlament gesagt haben, bedarf noch einer Anmerkung.

Sie protzen jedes Mal damit, man würde mehr Geld für den Bereich „Kinder, Jugend und Familie“ ausgeben, wohlwissend, dass hier ein Rechtsanspruch des Bundes zu erfüllen ist. Wenn man 154.000 neue Plätze zur Betreuung von unter Dreijährigen schaffen muss, ist es doch logisch, dass das nicht ohne mehr Geld geht. Es ist die logische Konsequenz, dass dafür mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Das hätte jede Regierung gemacht.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Sie hätten das nicht gemacht!)

Sie stellen das als positives Zeichen dar. – Na ja, aber so ist Rot-Grün. Sie klopfen sich immer auf die Schulter. Sie loben sich selbst. Andere tun es nicht. Das ist schon eine komische Sache.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Tenhumberg, Frau Kollegin Altenkamp möchte Ihnen gern eine Frage stellen. Die lassen Sie wahrscheinlich zu?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Ja.

(Unruhe bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte schön.

Britta Altenkamp (SPD: Herr Kollege Tenhumberg, ich danke Ihnen dafür, dass Sie meine Frage gestatten. – Wenn es so selbstverständlich ist, dass Mittel aufgrund der Erfüllung des Rechtsanspruches bereitgestellt werden, können Sie mich dann vielleicht darüber unterrichten, warum das unter Schwarz-Gelb, was die Umsetzung des KiföG betraf, nicht genauso selbstverständlich war, sondern dass die Kommunen die Bereitstellung von Mitteln erklagen mussten?

(Beifall von der SPD und den Grünen)

Bernhard Tenhumberg (CDU): Mich hat innerlich gefreut, dass Rot-Grün so geklatscht hat. Das zeugt davon, dass Sie die ganze Entwicklung gar nicht verstanden haben.

(Lebhaftes Lachen von der SPD und den GRÜNEN – Marc Herter [SPD]: Da muss ich selbst lachen! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Da muss ich erst einmal lachen!)

Schwarz-Gelb hat, Frau Altenkamp, die Betriebsmittel für den Aufbau der Plätze selbstverständlich zur Verfügung gestellt. Das können Sie in den Haushaltsplänen für 2007, 2008, 2009 und 2010 gern nachlesen. Darin sind auch die Hunderte von Millionen Euro genannt, die wir für den Betrieb selbstverständlich zur Verfügung stellen mussten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Haben Sie da falsch entschieden, oder was? – Unruhe)

Ich weiß, Sie haben Schwierigkeiten, zwischen Investitionsmitteln und Betriebsmitteln zu unterscheiden. Das ist schon immer Ihr Problem gewesen. Dabei verkennen Sie auch, dass dafür knapp 800 Millionen € vom Bund überwiesen worden sind. Sonst hätten wir das hier in Nordrhein-Westfalen gar nicht bewerkstelligen können.

Meine Damen und Herren, es wäre zweitens auch interessant zu wissen – Frau Kampmann, ich hoffe, ich erhalte in den nächsten Wochen eine Antwort von Ihnen –: Was machen Sie mit den zusätzlichen

74 Millionen €, die Sie in den Haushalt eingestellt haben? Sie haben gesagt: Natürlich stehen diese Mittel allgemein für die frühkindliche Bildung zur Verfügung. – Sagen Sie mir bitte etwas Konkreter: Wollen Sie diese Mittel für die Sprachförderung einsetzen? Wollen Sie die Mittel für die Kindpauschale einsetzen? Wollen Sie die Mittel für Investitionen einsetzen?

(Georg Fortmeier [SPD]: Haben Sie etwas gefunden?)

Wir wären viel glücklicher und zufriedener, wenn Sie uns auf diese konkrete Frage Antworten liefern könnten.

Eine dritte Anmerkung: Frau Kampmann, es wäre nett von Ihnen, wenn Sie uns mitteilen würden, ob Sie an der Verlängerung des Konsenses vom 28. Mai 2008 arbeiten. Auch das würde zur Beruhigung im Land beitragen.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Das hat das Ministerium mitgeteilt!)

Meine Damen und Herren, eine letzte Anmerkung: Interessant ist natürlich die Bemerkung von Frau Asch zur Familienbildung, dass 1,3 Millionen € zu Lasten von Sprachförderung, Tagespflege und die Qualifizierung des Personals in den Kitas gehen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist Quatsch!)

Das ist eine schöne Gegenrechnung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Karin Schmitt-Promny [GRÜNE]: Das ist Quatsch! – Stefan Zimkeit [SPD]: Lernen Sie erst einmal den Haushalt lesen!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Müller-Witt.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Keine Angst, es geht nicht mehr um den Sport.

Die Landeszentrale für politische Bildung, die sich in der Zuständigkeit des Hauptausschusses befindet, steht aktuell vor besonderen Herausforderungen. Hier ist der starke Zuwachs an extremistischen Strömungen, insbesondere in Form von Rechtsextremismus, Rassismus und Salafismus, zu nennen. Diese radikal-politisch oder auch religiös motivierten Bewegungen verlangen von uns eine Antwort.

Wir wollen mit einer Erhöhung des Haushaltsansatzes um 2,1 Millionen € die Umsetzung des von der Landesregierung entwickelten integrierten Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus für 2016 unterstützen.

Die zusätzlichen Mittel sollen unter anderem die Kreise und die kreisfreien Städte bei der Entwicklung und Implementierung von Langfristkonzepten gegen Rassismus und Rechtsextremismus unterstützen, um zivilgesellschaftliche Netzwerke gezielt aufzubauen. Neben weiteren Angeboten zur Demokratieschulung wird dies ein Schwerpunkt im kommenden Jahr und darüber hinaus sein.

Eine besondere Herausforderung der Landeszentrale ist ohne Zweifel im Zusammenhang mit den zahlreich zu uns kommenden Flüchtlingen zu sehen. Für sie, aber auch für die aufnehmende Gesellschaft sind zusätzliche Angebote der Landeszentrale für politische Bildung zur Wertevermittlung und Demokratiestärkung unverzichtbar.

Hierbei steht die Landeszentrale vor der großen Herausforderung, so schnell wie möglich Angebote zu entwickeln und aufzulegen, die die zugewanderten Menschen leicht erreichen und die ebenso einfach wie verständlich sind. Die von der Landeszentrale im Hauptausschuss vorgestellten Bausteine für ein zukünftiges Konzept bedürfen angesichts der stetig noch wachsenden Zahl an Flüchtlingen einer zusätzlichen Finanzierung. Hier möchten wir weitere 200.000 € für die Landeszentrale zur Verfügung stellen.

Unser Land sollte sich aufgrund der aktuellen Herausforderungen immer wieder seiner Vergangenheit bewusst sein. Diese zu dokumentieren, ist Aufgabe unter anderem unserer Gedenkstätten. Sie gilt es für die nächste Generation weiterzuentwickeln. Eine besondere Beachtung findet in diesem Jahr dabei das Jüdische Museum Westfalen, wie schon mein Kollege Keymis erwähnte. Das begrüßen wir außerordentlich. Insgesamt sollen noch einmal 500.000 € zusätzlich für die Gedenkstätten zur Verfügung gestellt werden.

Fazit: Der Haushalt der Landeszentrale wird in dem von uns beantragten Volumen den neuen zusätzlichen Anforderungen besser gerecht werden. Unsere Gedenkstättenarbeit wird zukunftsfest gemacht. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Witt. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 07. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10507, den Einzelplan 07 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? Den darf ich um das Handzeichen bitten. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass der **Einzelplan 07 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses in zweiter Lesung** mit den Stimmen von SPD,

Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piratenfraktion **angenommen** worden ist.

Ich rufe auf:

Einzelplan 09
Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

Ich darf hinweisen auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in Drucksache 16/10509**.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Hausmann das Wort. Bitte, Herr Hausmann. The floor is yours.

Wilhelm Hausmann (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der französische Nobelpreisträger François Mauriac hat einmal gesagt: „Der Bau von Luftschlössern kostet nichts, aber ihre Zerstörung ist sehr teuer.“

Was Sie, Herr Minister Groschek, in den vergangenen Wochen der Öffentlichkeit verkündet haben, waren Luftschlösser. Diese Luftschlösser wurden mit jeder Pressekonferenz mehr, und sie wurden auch immer größer ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie bitte. – Meine Damen und Herren, ich möchte die Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen bitten, die Gespräche gegebenenfalls draußen weiter fortzusetzen, damit wir dem Redner zuhören können. Vielen Dank. – Herr Abgeordneter.

Wilhelm Hausmann (CDU): Vielen Dank. – Diese Luftschlösser wurden mit jeder Pressekonferenz mehr, und sie wurden auch immer größer bzw. höher.

Noch am 2. Oktober dieses Jahres verkündete Bauminister Groschek, dass in den kommenden Jahren mit Unterstützung des Landes rund 50.000 neue Wohnungen entstehen sollten. Nur sechs Wochen später sagten Sie, Herr Minister Groschek, im Schulterchluss von Landesregierung und der Bauwirtschaft sollen in den nächsten Jahren 120.000 neue Wohnungen entstehen. In der Presse kursierte schon der Spruch: Unter 100.000 macht es dieser Minister gar nicht mehr.

Wir fragen uns an dieser Stelle – und das ist die ganz entscheidende Frage –: Wie soll das denn geschehen? – Wir sind gespannt, welche Zahlen Sie demnächst verkünden, wenn Sie in Ihr Haus hineinschauen und die Mittel, die Sie zur Verfügung haben, bewerten. Dann können Sie sagen, was Sie

von Ihrer Seite aus tun können, um diesen Wohnungsbau zu ermöglichen. Denn was da wirklich fehlte, waren die richtigen Maßnahmen der Landesregierung. Das Kapital ist vorhanden. Die Fördermittel sind dank des Bundes ebenfalls vorhanden.

Insofern stellt sich für uns die Frage: Woran scheitert es dennoch, dass hier nicht gebaut wird und dass der Wohnungsbau nicht in Gang kommt? – Bis sich all diese Luftschlösser aufgelöst haben, wird erst einmal einige Zeit vergehen. Bis dahin wird der Wohnraum noch knapper, und die Mieten werden noch weiter steigen.

Werfen wir einmal einen Blick auf das, was Sie, Herr Minister Groschek, verkündet haben und was daraus in der Realität geworden ist. Sie haben auf gleich zwei Pressekonferenzen davon gesprochen, den Bürokratiedschungel zu lichten und die bürokratischen Stolperdrähte zu kappen. Verschwiegen haben Sie dabei, dass Sie und Ihre Amtsvorgänger diese Stolperdrähte erst eingezogen haben.

Dann haben Sie angekündigt, für einen besseren Einklang von Klimaschutz und bezahlbarem Wohnungsbau einzutreten. Wie sieht es denn damit aus? Rot-Grün hat unseren Antrag, Kosten und Nutzen bei der energetischen Sanierung von Gebäuden in ein sinnvolles Verhältnis zu setzen, am 19. November dieses Jahres hier im Hause abgelehnt.

Minister Groschek sollte sich ein Beispiel nehmen an seinem grünen Ministerkollegen Al-Wazir in Hessen, der diese Vereinfachung zur Beschleunigung des Wohnungsbaus längst mithilfe einer Verordnung eingeführt hat. Das ist hier in diesem Lande offenbar nicht möglich.

Die rot-grüne Landesregierung will angeblich Erleichterungen bei den Bauvorhaben vornehmen. Der Entwurf der neuen Landesbauordnung für Nordrhein-Westfalen enthält aber kaum Vereinfachungen. Im Gegenteil: Sie schaffen neue Erschwernisse für den Wohnungsbau. Zum Beispiel sollen Staffelgeschosse wegfallen. Damit sinkt die Ausnutzbarkeit von Grundstücken ganz erheblich, und die Vertikalität, von der Sie, Herr Minister, immer gerne sprechen, ist schon beim nächsten Geschoss wieder zu einem weiteren Luftschloss geworden.

Meine Damen und Herren, am 30. November 2015 hat der Bauminister im Rahmen seines Grundstücksgipfels behauptet, es gebe landesweit 19.000 ha an bereits ausgewiesenen Baugrundstücken. Diese Grundstücke sind aber nicht alle auf dem Markt zu finden und stehen damit überhaupt nicht in dieser Größenordnung zur Verfügung.

Zudem haben Sie auch noch den Grundstücksverkehr – das ist auch haushaltsrelevant – mit Ihrer Grunderwerbsteuererhöhung weiter erschwert. Das heißt, die Grundstücke kommen gar nicht so einfach in die richtigen Hände. Zudem bleibt die Frage un-